Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917–1918

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

Vorgelegt von

Karl Wortmann

Oberstleutnant a. D.

*

Mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät wird nur ein Teil der eingereichten Arbeit als Dissertation gedruckt. Vollständig erscheint sie als Heft 3 der

„Hallischen Forschungen zur neueren Geschichte"

Herausgegeben von Richard Festek

im Verlag der Otto Hendel-Druckerei in Halle a. d. S.

Halle a. d. S.

Otto Hendel-Druckerei

1926

Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917–1918

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

Vorgelegt

von

Karl Wortmann

Oberstleutnant a. D.

*

Mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät wird nur ein Teil der eingereichten Arbeit als Dissertation gedruckt. Vollständig erscheint sie als Heft 3 der

„Hallischen Forschungen zur neueren Geschichte"

Herausgegeben von Richard Fester

im Verlag der Otto Hendel-Druckerei in Halle a. d. S.

Halle a. d. S.

Otto Hendel-Druckerei

1926

*

Referent: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Fester
Korreferent: Prof. Dr. Holtzmann

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Dezember 1925

*

Vorwort.

Die Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei jetzt zu schreiben, ist ein historisches Bedürfnis. Denn es besteht jetzt noch die Möglichkeit, auf die Aussagen lebender Zeugen der Vorgänge zurückzugreifen. Bei zwei Hauptbeteiligten mußte schon darauf verzichtet werden: Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und Generallandschaftsdirektor Kapp weilen nicht mehr unter den Lebenden. Vorhandene Drucksachen verschiedenster Art und nicht gedrucktes Material lieferten ausreichenden Stoff für die Bearbeitung.

Ich kann mich nicht entsinnen, vor 1924 etwas von der Deutschen Vaterlands-Partei gehört zu haben. Die Darstellung ist daher unbeeinflußt durch eine etwaige frühere Stellungnahme zur genannten Partei.

Allen denjenigen, welche mir mündliche oder schriftliche Mitteilungen über die Deutsche Vaterlands-Partei gemacht haben, sage ich an dieser Stelle nochmals besten Dank.

Halle a. S., Januar 1926.

Oberstleutnant a. D. Wortmann.

Inhalt.

Seite

Vorwort V

Literaturverzeichnis VII

Einleitung 1

Vorgeschichte
- Vom Kriegsbeginn bis Anfang Juli 1917 3
  - Die Zerstörung der inneren Front 3
  - Die zum Widerstand in Frage kommenden Kräfte 6
    - Politische Reichsleitung 6
    - Nationale Volkskreise 13
- Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 17

Die Deutsche Vaterlands-Partei
- Geschichtliche Uebersicht 25
- Organisation der Deutschen Vaterlands-Partei . . . .
- Die Kriegsziele der Deutschen Vaterlands-Partei . . . . . .

Die Deutsche Vaterlands-Partei im Rahmen des Deutschen Reiches
- Stellung zur Regierung . . . .
- Stellung zum Volksbund für Freiheit und Vaterland . . . . .
- Stellung zu den politischen Parteien . . . .
  - Deutsche Vaterlands-Partei und Zentrum . . . .
  - Deutsche Vaterlands-Partei und Fortschritt . . . .
  - Deutsche Vaterlands-Partei und Sozialdemokratie . . . .
- Sonstige Kämpfe und Kampfmethoden . . . .

Schlußbetrachtungen . . . .

Literaturverzeichnis.

A. Werke.

Bauer, Oberst. Der große Krieg in Feld und Heimat. — Erinnerungen und Betrachtungen. Tübingen 1921. Osiandersche Buchhandlung.

Bergsträßer, Dr. L. Geschichte der politischen Parteien. Mannheim, Berlin, Leipzig 1921. J. Bensheimer.

Bethmann Hollweg, Th. v. Betrachtungen zum Weltkriege. — 2. Teil. Berlin 1921. R. Hobbing.

Czernin, Ottokar. Im Weltkriege. — Berlin und Wien 1919. Verlegt bei Ullstein & Co.

— Über die Politik während des Weltkrieges. Rede, gehalten den 11. Dezember 1918. Zweite Auflage. Wien, Verlag von Moritz Perles, I, Seilergasse 4.

Das Werk des Untersuchungsausschusses. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Reichstages. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Vierte Reihe. Band 1 bis 3. Berlin 1925. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen. Im Auftrag des Ausw. Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf von Montgelas und Prof. W. Schücking. 4. Band. Charlottenburg 1919. Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte.

Erzberger, M., Reichsfinanzminister a. D. Erlebnisse im Weltkriege. — Stuttgart, Berlin 1920. Deutsche Verlagsanstalt.

Fester, Richard. Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. München 1925. J. F. Lehmanns Verlag.

— Die Wandlungen der belgischen Frage. Zweite um ein Nachwort vermehrte Auflage. Halle a. S. 1918. Verlag von Max Niemeyer.

Foerster, Wolfgang, Oberarchivrat am Reichsarchiv, Oberstlt. a. D. Der deutsche Zusammenbruch 1918. Glossen zu dem Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Berlin 1925. Verlag Eisenschmidt.

Haußmann, Conrad. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Herausgegeben von Dr. Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924. Frankfurter Sozietäts-Druckerei G. m. b. H.

Helfferich, Karl. Der Weltkrieg. Berlin 1919. Verlegt bei Ullstein & Co. 2. Bd. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg. 3. Bd. Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch.

Hilfe, Die, Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst. — Herausg. Friedrich Naumann. Jhrg. 23. Berlin-Schöneberg 1917. Fortschritt (Buchverl. d. Hilfe) G. m. b. H.

Hindenburg, v., Generalfeldmarschall. Aus meinem Leben. Leipzig 1920. Verlag von S. Hirzel.

Hohlfeld, Johannes. Geschichte des Deutschen Reiches, 1871—1924. Leipzig 1924. Verlag von S. Hirzel.

Junius Alter. Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. — Eine Studie Bethmann Hollwegscher Politik in Skizzen und Umrissen. Als Handschrift gedruckt; und dasselbe 3. Ausgabe. München 1919. J. F. Lehmanns Verlag.

Kapp, Dr. Wolfgang, Generallandschaftsdirektor. Die nationalen Kreise und der Reichskanzler. — Denkschrift. Königsberg i. Pr. Mai 1916. 2. vermehrte Aufl. Gera-Langenberg-Reuß. Verlag des Heimboten.

Kriegs-Rundschau. Zeitgenössische Zusammenstellung der für den Weltkrieg wichtigen Ereignisse, Urkunden, Kundgebungen, Schlacht- und Zeitberichte. Herausg. von der Tägl. Rundschau, Verl. d. Tägl. Rundschau, G. m. b. H., Berlin. Band 1 1914/15: Von den Ursachen des Krieges bis zum Anfang des Jahres 1915. Band 2 1915: Vom Anfang bis etwa zum Herbst des Jahres 1915. Band 3 1916: Vom Herbst (September-Oktober 1915) bis Anfang Dezember 1916.

Liebig, Dr. Hans Frhr. v. Die Politik von Bethmann Hollweg. Eine Studie. 1.—3. Teil. München 1919. J. F. Lehmanns Verlag.

Ludendorff, Erich. Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin 1919. E. S. Mittler.

— Kriegführung und Politik. Berlin 1922. E. S. Mittler.

Michaelis, Georg. Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin 1922. Erschienen im Furch-Verlag.

Müller, Richard. Vom Kaiserreich zur Republik. Wissenschaft und Gesellschaft. Band 3 und 4. Malik-Verlag.

Nowak, Karl Friedrich. Der Sturz der Mittelmächte. 1.—10. Tausend. München 1921. Georg D. W. Callwey. Verlag für Kulturpolitik.

Parliamentary Debates, The Volume LXXXVIII. House of Commons. 1916. London 1917.

Payer, Friedrich v., Stellvertreter des Reichskanzlers a. D. „Von Bethmann Hollweg bis Ebert.“ Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M. 1923. Frankfurter Sozietätsdruckerei.

Preußische Jahrbücher. Herausgegeben von Hans Delbrück. Jahrgänge 1917 und 1918. Berlin, G. Reimer.

Roepke, Fritz. Von Gambetta bis Clemenceau. Fünfzig Jahre französischer Politik und Geschichte. Stuttgart und Berlin 1922. Deutsche Verlagsanstalt.

Schäfer, Dietrich, und sein Werk. Darstellung von Rudolf Häpke u. A. Im Auftrag der histor. Gesellschaft zu Berlin herausgegeben von Kurt Jagow. Berlin 1925. Otto Elsner, Verlagsges. m. b. H.

— Mein Leben. Berlin und Leipzig 1926. Verlag K. F. Köhler.

Scheidemann, Philipp. Der Zusammenbruch. Berlin 1921. Verlag für Sozialwissenschaft.

Schultheß. Europäischer Geschichtskalender 1916, 1917, 1918.

Stuart, Campbell. Geheimnisse aus Crewe House. Die Geschichte eines Feldzuges. Leipzig 1922. Th. Weicher-Verlag.

Troeltsch, Ernst. Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918—1922. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke. Zusammengestellt und herausgegeben von H. Baron. Tübingen 1924. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Tirpitz, Alfred v. Erinnerungen. Leipzig 1919. Verlag von K. F. Koehler.

Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session 1914—1917. Berlin 1917. Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt.

Volkelt, Hans Dr. Demobilisierung der Geister? Eine Auseinandersetzung vornehmlich mit Geheimrat Prof. Dr. Ernst Troeltsch. 1.—3. Tausend. München 1918. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, Oskar Beck.

Volkmann, Erich Otto, Major a. D., Mitglied des Reichsarchivs. Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege. Unter Benutzung amtlicher Quellen dargestellt. Mit einem Urkundenanhang. Berlin 1925. Verlag von Reimar Hobbing.

Wilhelm, Kronprinz. Erinnerungen. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen. Herausgegeben von Karl Rosner. Stuttgart und Berlin 1922. Cotta.

Wörtliche Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses. 22. Legislaturperiode, III. Tagung 1916—1918. Berlin 1918. Pr. Verlagsanstalt, G. m. b. H.

Zensur im Reichstag, Die. Aus den Sitzungen vom 24./25. u. 30. Mai 1916 nach den stenographischen Berichten. Herausgeber: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.

B. Broschüren und Zeitschriften usw.

Aufsätze in Tageszeitungen:

Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland, Halle a. S. Blätter für Heimatkunde vom 22. März 1925. Kiderlen-Wächters Agadirbriefe von Prof. Dr. Fritz Kern, Bonn.

Der Tag (Ausgabe B) vom 27. April 1918, Nr. 98. „Die notwendige Remobilisierung der Geister" von Geheimrat Prof. Dr. G. v. Below, Freiburg i. Br.

Heidelberger Tageblatt Nr. 247 vom 22. Oktober 1917. Erklärung der 32 Professoren, und die Nummern vom 27. Oktober 1917, Erklärung von Friedrich Schott.

Leipziger Zeitung vom 7. Juni 1918, Nr. 130, „Volksbund und Vaterlands-Partei" (von Geheimrat Prof. Dr. G. Seeliger).

Westfälische Zeitung vom 13. Oktober 1917, Nr. 241, Bericht über eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Auskunftsstelle Vereinigter Verbände. Gedanken und Wünsche deutscher Vereine und Verbände zur Gestaltung des Friedens. Berlin 1915. Als Handschrift gedruckt.

Bechtold, H. Die Deutsche Vaterlands-Partei, ihre Entstehung und Aufgaben. Berlin. Carl Heymanns Verlag.

Delbrück, Hans. Wider den Kleinglauben. Eine Auseinandersetzung mit der Deutschen Vaterlands-Partei. (Die Volksaufklärung, Flugschriften, herausgegeben von Dr. Martin Hobohm, Nr. 2.) Jena 1918. Verlag Eugen Diederichs.

Deutsche Stimmen. Halbmonatsschrift. Herausgeber Dr. Hugo Böttger, M. d. R. Verlag Schriftenvertriebsstelle der Nationalliberalen Partei Deutschlands. Hermann Kalkhoff, Berlin, Nr. 14 vom 25. Juli 1917.

Deutsche Ziele. Reden bei der ersten öffentlichen Parteikundgebung der Deutschen Vaterlands-Partei. Berlin 1917. Verlag K. Curtius.

Fester, Dr. Richard, ordentlicher Professor der Geschichte an der Universität Halle-Wittenberg. Die Weltlage am Schlusse des dritten Kriegsjahres. Ein am Vorabend der Reichstagssitzung des 19. Juli 1917 gehaltener öffentlicher Vortrag. 2. Aufl. Halle a. S. Verlag von Otto Hendel.

— Die Politik der Reichstagsmehrheit. Ein in der Versammlung der Deutschen Vaterlands-Partei in Halle am 26. Oktober 1917 gehaltener öffentlicher Vortrag. Halle a. S. Verlag von Otto Hendel.

— Der Machtwille und die Weltlage. Ein in Versammlungen der Deutschen Vaterlands-Partei in Magdeburg und Bernburg am 18. und 19. Februar 1918 gehaltener öffentlicher Vortrag. Berlin W 9, Schellingstr. 1, Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlands-Partei.

— Desgl. Halle a. S. Niemeyer-Verlag.

— Die Erben Bismarcks. Sonderabdruck für die Ortsgruppe Breslau der DVP. aus Deutsche Rundschau, XLIV, 8.

— Der amerikanische „Kreuzzug“ und seine Weltwirkung. Deutsche Rundschau, Oktober 1918. Berlin. Verlag von Gebrüder Paetel.

Flugblätter der Deutschen Vaterlands-Partei und anderer Vereinigungen.

Hussong, Friedrich. Matthias Erzbergers Wege und Wandlungen. Merkwürdige Zeitgenossen. Heft 1.

Korrespondenz der Deutschen Vaterlands-Partei. Berlin W 9, Schellingstr. 1. Nr. 1—26.

Kriegspressekonferenzen, Sitzungsberichte vom Juli 1915 bis 1918. Exemplar aus der Kriegssammlung des Histor. Seminars der Universität Halle-Wittenberg. Maschinenschrift.

Kuhl, v., General der Infanterie a. D. Der Kaiser als Oberster Kriegsherr im Weltkriege. Zeitschrift Deutscher Offizier-Bund, 1925 Nr. 35.

Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei. (Späterer Zusatz: Korrespondenz für die Organisationen und die Presse.) Berlin W 9, Viktoriastr. 30. Nr. 1—40.

Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen der Deutschen Vaterlands-Partei nebst Richtpunkten für Redner. Berlin W 10, den 2. Oktober 1917.

Satzungen der Deutschen Vaterlands-Partei vom Gründungstage.

— Desgl. Reichssatzungen, beschlossen auf dem 1. Parteitag am 24. September 1917.

— Desgl. vom 19. April 1918.

Schäfer, Professor Dr. Dietrich. Des Vaterlandes Not. Sonderabdruck aus „Deutschlands Erneuerung“, Monatsschrift für das Deutsche Volk. München. J. F. Lehmanns Verlag.

Schopen, Kaplan. Das wahre Gesicht der Vaterlandspartei. 5. erweiterte Auflage. 16.—25. Tausend. Verlag der Deutschen Vaterlands-Partei, Ortsgruppe Bonn und Umgebung.

Schriften der Deutschen Vaterlands-Partei, Hauptgeschäftsstelle Berlin W 9, Schellingstr. 1

Nr. 1. Das gute Recht der Vaterlands-Partei. Eine Antwort an Professor H. Delbrück von Professor G. von Below. Freiburg i. B.

Nr. 2. Katechismus der Deutschen Vaterlands-Partei.

Nr. 3. Die Nationalliberalen und die Deutsche Vaterlands-Partei.

Nr. 4. Das Zentrum und die Deutsche Vaterlands-Partei.
Nr. 5. Der „Fortschritt“ und die Deutsche Vaterlands-Partei.

Schriftenverlag der Deutschen Vaterlands-Partei, Berlin-Zehlendorf-West 1918:

Gramzow, Prof. Dr. Otto. Deutschlands bedrohte Zukunft.
Harder, Pfarrer a. D. Die belgische Frage und Deutschlands Zukunft.
Kappus, Pfarrer. Die Deutsche Vaterlands-Partei und ihre Ziele.
Vaterlands-Jahrbuch 1919. Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Vaterlands-Partei unter Mitwirkung vieler bekannter Schriftsteller. Mit einer Kunstbeilage „Großadmiral v. Tirpitz“.

Unabhängige Nationalkorrespondenz (nationale Leitartikelkorrespondenz). Herausgeber Dr. Fritz Stephan Neumann, Berlin. Jahrgänge 1917 und 1918. Einzelne Nummern.

Zweite Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Rede von E. Troeltsch. Gotha 1918. Perthes.

Einleitung.

Die innerpolitische Lage in Deutschland, Frankreich und England zeigte im Weltkriege ein sich in den Grundzügen gleichbleibendes Bild: die pessimistische, verhandlungsbereite und die optimistische, vom stärksten Siegeswillen getragene Richtung, gewissermaßen zwei Linien darstellend; auf ihnen — wie die Steine im Spiel — verteilt die maßgebenden Faktoren: politische und militärische Leitung, das Parlament und das Volk, je nach dem Gang der Gesamtereignisse in wechselnder Stellung und Gruppierung.

In Deutschland war von Anfang an eine „legale" Diktatur, aber sie gelangte nicht zu der ihrem Wesen entsprechenden Wirkung [1]), in Frankreich kam die tatsächliche Diktatur mit Clémenceau [2]) (November 1917), in England wurde sie mit dem Kriegskabinett geschaffen [3]).

Anfang September 1917 wies das Bild in seinen Einzelheiten folgende Züge auf:

In Frankreich und England die „Kompromißpolitiker" in geringerer Zahl, immerhin an einen Sieg glaubend, der ihnen

---

[1]) Ursachen des Zusammenbruchs, II (Schwertfeger), S. 43 im Anschluß an die Darstellung der Ereignisse in der ersten Augusthälfte 1917: „Wir erkennen aus diesen Vorgängen, wie sehr sich zu dieser Zeit schon der Idealzustand monarchistischer, zugleich politischer und militärischer Leitung zum Nachteil gewandelt hatte. Da die Führung von der obersten Stelle ausblieb, bemühte sich die Oberste Heeresleitung um die Schaffung einer solchen von sich aus durch freie Vereinbarung mit der politischen Leitung." Mit Bezug auf Monat Januar 1918, S. 72: „Von einem Triumvirat zwischen Monarchen, politischem und militärischem Führer in einer Person, wie es sich als Idealzustand in den Kriegen des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, konnte man nicht mehr sprechen." v. Kuhl a. a. O., S. 1200: „Daß es dem Kaiser im Kriege nicht gelungen ist, die innere und äußere Politik und die militärische Kriegführung zu einer die gesamten Kräfte der Nation zusammenfassenden Einheit zu verschmelzen, kann allerdings nicht bestritten werden. Woran dies gescheitert ist, ist eingangs nachzuweisen versucht worden: es lag dies an der veralteten, für die Verhältnisse des Weltkrieges gänzlich unzureichenden Organisation und an den leitenden Persönlichkeiten . . ." — [2]) Roepke a. a. O., S. 198 f. — [3]) Dezember 1916. Parliamentary Debates usw. Besonderes Blatt nach Sp. 808.

mindestens Elsaß-Lothringen, beziehungsweise einen Teil der deutschen Kolonien bringen sollte; politische und militärische Leitung — in England unter Lloyd George — als Vertreter der optimistischen Richtung, durch Schaffung einer möglichst geschlossenen inneren Front nur e i n Ziel erstrebend, den Krieg unbedingt zu gewinnen, von dem Gedanken an Befriedigung des nationalen Machtwillens beseelt und von der ebenso denkenden Parlamentsmehrheit kräftig unterstützt sowie von der Zustimmung der Masse des Volkes getragen.

In Deutschland die Pessimisten, Verzichtler, an den Sieg überhaupt nicht glaubend; die Masse der Bevölkerung teils widerwillig in ihre Reihen gedrängt, teils unentschieden; die schwache politische Leitung ebenfalls unentschieden; das Parlament, in seiner Mehrheit Vertreter des internationalen Machtwillens, die politische Reichsleitung erstrebend, auf der Seite der Pessimisten. Auf der optimistischen Seite allein die militärische Leitung und ein kleiner Teil des Volkes, den Siegeswillen hochhaltend und den nationalen Machtwillen ebenso verkörpernd wie die Masse des französischen und englischen Volkes, unablässig bemüht, die übrigen Volksteile zu sich hinüberzuziehen, aber in diesem Bemühen doch ohne einheitliche Führung und Zusammenhang.

Diesen Zusammenschluß bewirkte Anfang September 1917 — gewissermaßen die Fortsetzung jener Bestrebungen bildend — eine neu einsetzende, mit ungeheurer Werbekraft hervorbrechende und weite Kreise mitreißende nationale Bewegung, die Deutsche Vaterlands-Partei.

Denkt man daran, daß zu Beginn des Krieges Regierung und Volk ein geschlossenes Ganzes gebildet, daß — um bei obigem Bilde zu bleiben — auf der Linie der optimistischen Richtung alle vier genannten Faktoren gestanden hatten, so entsteht die Frage, wie in den ersten drei Kriegsjahren eine derartige Veränderung vor sich gehen konnte, daß die Gründung dieser DVP. von allen vaterländisch empfindenden Deutschen als das Gebot der Stunde betrachtet wurde.

Vorgeschichte.

Vom Kriegsbeginn bis Anfang Juli 1917.

Die Zerstörung der inneren Front.

Am 4. August 1914 war die innere nationale Einheitsfront durch die Begeisterung der gesamten Bevölkerung hergestellt worden. Ein Vaterlandsblock war geschaffen. Ihn zu erhalten, sollte der Burgfriede dienen. Trotzdem traten Kräfte auf, die den Block zu zersetzen drohten und tatsächlich zerstört haben. Es handelt sich zunächst darum, diese Kräfte kennenzulernen und dann zu untersuchen, was geschehen ist, um ihre schädliche Wirkung zu verhindern.

Der seelische Umschwung, der dem ersten „stolzen Siegesrausch" folgte, wurzelte letzten Endes im Abstoppen der Vorwärtsbewegung an der Marne gegen Mitte September 1914 und dem darauffolgenden Übergang zum Stellungskriege. Die Siegeszuversicht war noch vorhanden, aber dazu gesellte sich die Sorge, daß nur ein schwerer Kampf zum Siege führen werde. Tatsächlich haben die Franzosen die Schlacht an der Marne als entscheidenden Sieg für sich gebucht. Dazu kamen die schweren Verluste, die gleich mit den ersten Tagen eingesetzt hatten und dauernd an Zahl groß geblieben waren. Viele Familien sahen sich aufs schwerste getroffen. Weiterhin gesellte sich bald Verstimmung hinzu über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche sich fühlbar zu machen begannen. Trotzdem war der Wille zum Durchhalten bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung noch vorhanden. Mit Zunahme der Entbehrungen änderte sich das Bild. Zwar blieben die im „nationalen Sinne wertvollen Teile der Bevölkerung" fest; sie waren sich ihrer Pflicht bewußt. Dagegen begann die Widerstandskraft der sozialistischen Wählermassen zu erlahmen. „Triebhaft [1]) momentan starken Eindrücken im Guten wie im Bösen"

[1]) Volkmann a. a. O., S. 294.

nachgebend, begannen sie, der Agitation der radikalen Sozialdemokraten (Liebknecht und Genossen) zu erliegen.

Die Sozialdemokratie hatte sich in drei Gruppen[1]) geteilt. Die Rechte ging zusammen mit der Nation, die Mitte war unentschieden, die Linke radikal, d. h. antinational und den Sieg Deutschlands nicht wünschend[2]). Nachdem die erste Siegesstimmung ruhigerer Auffassung Platz gemacht hatte, begannen die radikalen Sozialdemokraten „mit dem Bandenkrieg irregulärer Kräfte im Rücken der Einheitsfront“ zu dem Zweck, den Kriegswillen zu brechen, den Wunsch nach Frieden zu erwecken, die nationale Armee zu vernichten.

In einigen Großstädten bildeten sich die ersten oppositionellen Parteigruppen. Am 27. September 1914 führte ein Artikel im „Vorwärts“ aus, Deutschland sei der Feind der Freiheit. Das Blatt wurde zweimal verboten, behielt aber fürs erste die eingenommene Haltung bei. Der Redakteur und Abgeordnete Ströbel tat am 23. Februar 1915 — wie verbürgt ist — die Äußerung: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“ Ein Teil der sozialistischen Presse wurde kriegsfeindlich. Liebknecht, der Führer der Radikalen, arbeitete mit allen Mitteln. Ende August 1914 plante er Demonstrationen „gegen Annexionen, für den Frieden“. Die übrigen Parteiführer verhielten sich aber ablehnend. Sehr wirksam zeigte sich der „unterirdische Propagandafeldzug“, anonyme Flugblätter, Broschüren, Handzettel, alles pazifizistischen und revolutionären Inhalts zur Störung des Burgfriedens und die „Mundpropaganda“. Die ersten, welche erlagen, waren die Metallarbeiter in Berlin. Auch äußerten ihre zersetzende Wirkung Broschüren und sonstige Literaturerzeugnisse aus dem Ausland. Die radikale Wühlarbeit erkannte, daß „in der Propaganda für den Frieden das vorzüglichste Kampfmittel gegen den nationalen Gedanken“ läge. Ihr Erfolg bei den breiten Massen vergrößerte sich, je mehr das Interesse am Kriege von selbst abnahm.

Im Reichstag[3]) machten sich die Radikalen am 2. Dezember 1914 dadurch bemerkbar, daß Liebknecht allein gegen die Kriegskredite stimmte; vom Frühjahr 1915 ab beteiligte sich an der Opposition öffentlich auch die Mittlere Gruppe, indem der Abgeord-

---

[1]) Volkmann a. a. O., S. 80 ff. — [2]) Ludendorff, Kriegführung usw., S. 132. — [3]) Volkmann a. a. O., S. 93 ff.

nete Haase die Maßnahmen der Regierung scharf kritisierte. Auch warf man ihr im Sommer 1915 vor, sie habe nicht den guten Willen, den Frieden herbeizuführen, die Anknüpfung von Verhandlungen scheitere an ihren annexionistischen Absichten. Im März 1916 erfolgte vor der Öffentlichkeit der Bruch innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Fortan gab es nur noch zwei Gruppen: Die Minderheit, bisherige Linke und Mitte, splitterte ab und bildete zuerst die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, später die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (seit 6. April 1917). Die Bedeutung dieser Spaltung[1]) liegt zum geringeren Teil darin, daß die „Unabhängigen“ nunmehr das alte sozialdemokratische Parteiprogramm aus der Vorkriegszeit übernahmen; viel wichtiger war, wie sich das Verhältnis zu den Wählermassen gestalten würde. Die Ernährungsschwierigkeiten und die wachsende Friedenssehnsucht trieben diese Massen den „Unabhängigen“ mit ihren radikalen und pazifizistischen Forderungen in die Arme, wenn die Mehrheitssozialisten nicht rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln ergreifen konnten. Es begann ein Wettlauf um die Gunst der Massen, und da diese dem Appell an die niedrigen Instinkte leichter erliegen, so war die Folge, daß die Mehrheitssozialisten sich von ihrem bisherigen nationalen Programm ab und nach der radikalen Richtung hin wenden mußten.

Die russische Revolution[2]) wirkte im Hinblick auf die geschlossene nationale Innenfront ebenfalls ungünstig. Daß das kraftvolle zaristische Rußland bezwungen worden war, steigerte das Machtgefühl der gesamten Sozialdemokratie. Auch der übrigen bürgerlichen Parteien bemächtigte sich — soweit sie nicht ausgesprochen antidemokratisch eingestellt waren — die Überzeugung von der „Sieghaftigkeit demokratischer Forderungen“. Wie ein Triumph klingt, was Haußmann[3]) über die Ereignisse des 15. März 1917 schreibt:

1. „Große Bethmannrede: Geschichtliches Ereignis für die innere Politik. Bethmann hat sich nun offen auf die linke Seite gestellt, und der Machtkampf beginnt mitten im Krieg unter Führung des Reichskanzlers. Damit beginnt ein neuer geschichtlicher Abschnitt, der uns in die Mitte derer rückt, die der Reichsregierung für Frieden und Zukunft unentbehrlich sind.“

---

[1]) Volkmann a. a. O., S. 295 f. — [2]) Ebenda, S. 297 f. — [3]) Conrad Haußmann, Schlaglichter, S. 91.

6. „Mit Riezler besprach ich die Lage. Er will morgen mit mir im Hotel konferieren nebst Payer und Liesching zum Zwecke der Zusammenfassung der Linken!"

Da eine Milderung, beziehungsweise Aufhebung der Gegensätze zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinn eingetreten war, bildete sich im Reichstag eine Mehrheit, bestehend aus den drei genannten Parteien, welche durch ein innerpolitisches Ziel, Wahlrecht für Preußen, zusammengehalten wurde. Man kann sagen, daß diese innerpolitische Frage die ganze Lage beherrscht hat.

Am 11. Juli 1917 trug eine Ordre des Königs von Preußen (Wahlrechtserlaß) den Wünschen Rechnung, daß noch während des Krieges die Wahlrechtsvorlage an das Abgeordnetenhaus gelangen solle. (Gleiches Wahlrecht.)

Aber noch eine andere Folge [1]) hatte die russische Revolution: Die Mehrheitssozialisten begannen an der Nützlichkeit des Festhaltens an einer gemäßigten Politik zu zweifeln und knüpften Fäden nach links an.

Schließlich fanden pazifizistische Ideen auch in bisher siegesgewissen, aber durch die Ernährungsschwierigkeiten und Entbehrungen aller Art zermürbten Kreisen Eingang und wirkten schädlich. Auffallend war, daß schon im ersten Kriegsjahr ein Teil der „Intellektuellen" Deutschlands den internationalen Wahnvorstellungen verfiel. So ist der Zwiespalt auch in die geistige Führung des deutschen Volkes hineingetragen worden.

Es zeichneten sich, wie ausgeführt, drei Richtungen ab, aus denen die den Vaterlandsblock zersprengenden Kräfte kamen.

Die zum Widerstand in Frage kommenden Kräfte.

Die Widerstände gegen diese Zerstörung der inneren Front wird man in der politischen Reichsleitung und in den festbleibenden nationalen Kreisen der Bevölkerung zu suchen haben.

Politische Reichsleitung.

Betrachten wir zunächst, wie sich die Regierung zu dieser Aufgabe stellte.

Die natürlichen Erscheinungen des Krieges: Verluste, Entbehrungen, wechselndes Kriegsglück, waren Umstände, unter

[1]) Volkmann a. a. O., S. 301.

welchen der Gegner ebenfalls zu leiden hatte. Was z. B. Frankreich und England anbelangt, so mußte sich die Wirkung der Verluste und des wechselnden Kriegsglücks fast noch erheblicher gestalten als in Deutschland. Dagegen war dieser Feind in der Ernährungsfrage bedeutend besser gestellt. Trotzdem wirkten alle Faktoren in ihrer Summe auch auf ihn ein. Hiergegen verfügten die beiden Regierungen über folgende Mittel: Kriegsziele, Hochhalten des Siegeswillens durch Appell an das Nationalgefühl und seit Februar 1917 der Hinweis auf die kommende Hilfe der Amerikaner. Speziell der englischen Regierung wurde ihre Arbeit durch das hochentwickelte außenpolitische Verständnis jedes einzelnen Engländers erleichtert. Frankreich wollte Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer, England seinerseits die deutschen Kolonien und Ausschaltung des Weltwirtschaftskonkurrenten durch Zertrümmerung des preußischen Militarismus, dazu die Unabhängigkeit Belgiens. Diese Kriegsziele waren geeignet, die Bevölkerung der Heimatgebiete zu den größten Opfern bereit zu finden. Dasselbe gilt von den übrigen Mitteln.

Wie stand demgegenüber die deutsche Reichsleitung da? Das Verständnis für außenpolitische Fragen war in Deutschland in erheblich geringerem Maße entwickelt. Anstatt eines Hinweises auf kommende fremde Hilfe nach dem Beitritt der Türkei und Bulgariens zu den Mittelmächten konnte die Regierung nur die gesamten Volkskräfte aufs schärfste zusammenfassen, um den Höchstwert an Widerstandskraft zu erzielen. Es blieben also nur die Kriegsziele und das Hochhalten des Siegeswillens.

Welche Kriegsziele hatte die Regierung? Auf dem westlichen Kriegsschauplatz wußte Bethmann Hollweg keine zu nennen. Daß er sich selbst die ganze Angelegenheit erschwert hat, steht außer Zweifel. Am 4. August 1914 hatte Lichnowsky in London [1]) eine Depesche zur Weitergabe an die englische Regierung erhalten, worin England noch an diesem Tage die Zusage erhält, daß Deutschland sogar im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien sich unter gar keinem Vorwand belgisches Gebiet aneignen wolle. An demselben Tage fiel im Reichstag das Wort von dem Unrecht an Belgien. Bethmann Hollweg glaubte, um dieses geistige Manko zu verdecken, ein Mittel darin gefunden zu haben,

---

[1]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch IV, S. 51; Englisches Blaubuch, Nr. 157.

daß er gleich zu Beginn des Krieges die öffentliche Erörterung über die Kriegsziele verbot. Aber auf lange hinaus konnte die Reichsregierung in dieser Weise nicht weiterarbeiten. Nachdem Deutschland annähernd zwei Monate im Kriege stand, im Westen fast ganz Belgien sowie Nordfrankreich in seiner Hand hatte, vernahm man, daß sich ein dem Reichskanzler nahestehender Mann, der Staatssekretär für die Kolonien Dr. Solf[1]), in einem Brief vom 25. September 1914 an den Direktor Riedel, Hamburg, folgendermaßen äußerte: „Während wir mit unseren kontinentalen Feinden um den Sieg kämpfen, geht der Kampf mit England um die Siegesbeute . . . Ich will zunächst unsere Kolonien wieder haben. . . Vom Standpunkt meines Ressorts werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich schon jetzt den Wunsch hege, die Friedenspalme für ein größeres Deutschland in Afrika zu pflanzen." — Dieser Brief zeigt, daß, mindestens nach des Staatssekretärs Ansicht, eine „kontinentale" Siegesbeute gar nicht in Betracht kam. Nach viermonatiger Kriegsdauer sagte Bethmann Hollweg[2]) am 2. Dezember 1914 im Reichstag: „Wir halten durch, bis wir die Sicherheit haben, daß niemand uns mehr unseren Frieden stören wird, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft pflegen und entfalten wollen als freies Volk." Am 28. Mai 1915, nachdem Italien in den Krieg getreten war, äußerte sich der Kanzler mit dem Anschein eines wirklichen Zielgedankens[3]): „Je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird." Was unter realen Garantien und Sicherheiten gemeint ist, wird vom Redner verschwiegen. Im April 1916 gab der Kanzler die Parole[4]) aus: Vortragen der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen, letztere auch wieder ohne nähere Erklärung. So ging es bis zum Ende seiner Kanzlerschaft. Kennzeichnend für die Art und Weise, wie er über die Aufrechterhaltung des Kriegs- und Siegeswillens im deutschen Volke dachte, ist seine Bemerkung in einer Haushaltausschußsitzung des Reichstages Ende März 1916: Wenn wir zum rücksichtslosen

---

[1]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1914, Nr. 233, und v. Liebig a. a. O., 1. und 2. Teil, S. 280. — [2]) Kriegs-Rundschau 2, S. 680. — [3]) Ebenda S. 749. — [4]) Aus dem Aufruf des Nationalausschusses (siehe S. 13).

U-Bootkrieg übergingen [1]), „würde man in England sagen, es ginge auf Leben und Tod und würde den Krieg bis zum letzten Atemzug führen". Tirpitz schreibt [2]): „Darum zitterte man in England, daß der Kanzler fallen und eine kräftige Kriegführung Platz greifen könnte; darum stiegen in London die Kurse, als mein Rücktritt (März 1916) sich vollzog." Ein Nachlassen des Kriegs- und Siegeswillens im deutschen Volke war ganz im Sinne Bethmann Hollwegs [3]).

Er konnte aber damit nicht hindern, daß die Dinge einen anderen Lauf nahmen. Gar nicht zu vermeiden war es gewesen, daß schon bald nach den ersten verlustreichen Kämpfen, welche Tausende von Toten kosteten, überall die Frage aufgeworfen wurde: Wofür kämpft Deutschland, wofür sind die Toten gefallen? Diese sich erst schüchtern hervorwagenden Stimmen wurden lauter und eindringlicher. Sie bewirkten, daß die Kriegszielfrage auf nichtöffentlichem Wege einer Lösung entgegenzubringen versucht wurde. Die Regierung ging später auch hiergegen vor. Diese Erörterungen, welche in vertraulichen Denkschriften, in geschlossenen Briefumschlägen verbreitet wurden, verfielen der Beschlagnahme oder mindestens einem Verbot. Alles dies bewirkte aber — und das war das Schlimmste — eine Mißstimmung selbst in den für eine vaterländische Regierung wertvollsten Kreisen, über deren Höhe die Zensurdebatte im Reichstag vom 24., 25. und 30. Mai 1916 Aufschluß gab. Der Abgeordnete Örtel (Kons.) führte aus [4]), die Regierung bessere die Stimmung nicht, wenn sie dem deutschen Volke nach wie vor die Möglichkeit der Meinungsäußerung auch dann vorenthalte, „wenn diese Meinungsäußerung durchaus vaterländisch ist, durchaus dem Burgfrieden Rechnung trägt und durchaus dafür sorgen will, daß die gute Stimmung, die frische, kampffreudige, zuversichtliche Stimmung aufrechterhalten wird." Der Abg. v. Gräfe erblickte überall, wo die politische Zensur eingreife, dasselbe Bild: jene sauersüße Flaumacherei, wie sie in den neuesten Regierungsorganen oder wenigstens der Regierung nahestehenden Organen — gemeint sind „Frankfurter

[1]) So v. Liebig a. a. O. 3, S. 458. — Die Niederschriften über die Verhandlungen, welche nicht gedruckt worden sind, wurden mir vom Bureau des Reichstages nicht zugänglich gemacht. — [2]) v. Tirpitz a. a. O., S. 259. — [3]) Er hatte sich auch am 9. Juli 1917 im Hauptausschuß des Reichstages mit dem Sinn der beabsichtigten Resolution einverstanden erklärt (Hohlfeld a. a. O., S. 536). — [4]) Die Zensur im Reichstag, S. 8.

Zeitung" und „Berliner Tageblatt" — täglich gebracht wird, werde frei zugelassen; jedes starke Wort dagegen, das einmal wirklich ein starkes deutsches Bewußtsein und weitergesteckte nationale Ziele weise, werde unterdrückt [1]). Schließlich forderte Abg. Hirsch [2]) (Nl.), daß die Zensur auf einen Rahmen beschränkt werde, „der die Freudigkeit des Durchhaltens in unserem Volke nicht beeinträchtigt" und schloß mit den Worten [3]): „Wenn man nach einem Mittel gesucht hätte, eine große, ein opferfreudige, eine tatkräftige Stimmung systematisch zu versumpfen, so hätte man diese Art der Handhabung der Zensur wählen müssen, die man gewählt hat." Man hat entschuldigend gesagt, die Zensur wäre Sache der Militärbehörde gewesen. Das ist in dieser Form falsch; denn die Militärbehörden waren — wie ebenfalls aus der genannten Debatte [4]) hervorgeht — angewiesen worden, auf einer ganzen Menge von Gebieten die Zensur zu unterlassen und die zu zensierenden Sachen der Reichsleitung zu übersenden. Das Auswärtige Amt (A. A.) spielte hierbei eine große Rolle.

Am 28. November 1916 [5]) erfolgte die Freigabe der sachlichen Erörterung der Kriegsziele, zunächst noch unter gewissen Bedingungen. Das Kapital an Kriegswillen und Willen zum Durchhalten, was Bethmann Hollweg verwirtschaftet hatte, konnte damit zunächst nicht wieder eingebracht werden.

Die Regelung der Ernährungsfrage — als eines wesentlichen Faktors für die Volksstimmung — kann hier nur gestreift werden. Offenbare Mißgriffe hatten vielfach die Kritik und Gegenvorschläge herausgefordert. Tatsache ist jedenfalls, daß eine, wenn auch knappe Ernährung sichergestellt war.

Was das Verhalten des Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie und ihren Umtrieben anbelangt, so wäre darauf hinzuweisen, daß er dieser Partei, die seinem inneren und äußeren Programm nahestand, eine stark entgegenkommende Haltung gezeigt hat. Dabei hat er keinen Augenblick gezögert, die vor dem Krieg als staatserhaltend bezeichneten Parteien eine kühle Ablehnung fühlen zu lassen. Der Drewssche Bericht [6]) über die innerpolitische Lage unterzieht die ganze Kriegszeit einer eingehenden Besprechung. Da Bethmann Hollweg preußischer Ministerpräsident gewesen ist, so kann ohne Zweifel bei der Wichtigkeit der Frage

---

[1]) Ebenda, S. 30. — [2]) Ebenda, S. 11. — [3]) Ebenda, S. 19. — [4]) Die Zensur im Reichstag, S. 4 und 25. — [5]) Schultheß a. a. O. 1916, S. 559. — [6]) Voltmann a. a. O., S. 291 ff. (Min. d. Innern, 13. Februar 1918).

angenommen werden, daß die in dem Bericht ausgesprochene Beurteilung der einzelnen Perioden auch die Auffassung des damaligen Ministerpräsidenten wiedergab.

Der Bericht führt folgendes aus: Die Regierung gewann zu Beginn des Krieges mit dem Bekenntnis der Sozialdemokratie zum nationalen Gedanken die Einheit der inneren Front. Um diese zu erhalten, mußte während des Krieges dauernd mit der Sozialdemokratie gerechnet werden. Sie blieb für die innerpolitische Lage Deutschlands bestimmend. Es war die ernste Pflicht der Regierung, die Sozialdemokratie in der Reihe der nationalen Parteien festzuhalten und zu verhindern, daß sie ihrer parteipolitischen Isolierung wie vor dem Kriege wieder zustrebte. Sollte dieser Fall eintreten, so mußte die Regierung bremsen. Ein offener Konflikt mit der Sozialdemokratie, eine scharfe Auseinandersetzung waren unerwünscht und mußten vermieden werden. Die Sozialdemokratie war sich ihrer Bedeutung[1] für den Ausgang des Krieges, für die Erhaltung der Widerstandskraft an der Front und in der Heimat sehr wohl bewußt. Sie benutzte die kriegsverdrossene Stimmung der Massen als Pressionsmittel in dem Kampf um Erfüllung der bisher verweigerten Forderungen. „Es wäre verfehlt, behaupten zu wollen, daß eine derartige Machtausnutzung in Absicht und Plan der Sozialdemokratie gelegen habe.“ Diese Entwicklung sei vielmehr nach und nach erfolgt.

Der Bericht in Verbindung mit den obigen Ausführungen erweist folgende Tatsachen:

1. In der inneren Politik hat nicht die Regierung — wie es zu verlangen gewesen wäre —, sondern die Sozialdemokratie geführt. Das lag daran, daß Bethmann Hollweg aus Angst die Sozialdemokratie überschätzt und die übrigen Kräfte des Staates unterschätzt hat. Namentlich zu Beginn des Krieges war dies verfehlt; denn da war die sozialistische Wählermasse noch durchaus im nationalen Fahrwasser, die sozialistische Führerschaft war isoliert, die Regierung konnte ohne weiteres die Führung übernehmen. Statt dessen hat aber, wie ergänzend zu bemerken ist, Bethmann Hollweg schon am 4. August 1914, ganz ohne Not, vor der Reichstagssitzung[2] den sozialdemokratischen Parteiführern Versprechungen bezüglich Neuorientierung der inneren Politik gemacht.

---

[1]) Ebenda, S. 293 f. — [2]) Volkmann a. a. O., S. 95; Junius Alter a. a. O., 3. Ausgabe, S. 71.

2. Gegen das landesverräterische Treiben des radikalen sozialdemokratischen Flügels ist die Regierung nicht wirksam eingeschritten. Man denke sich einen Clémenceau oder Lloyd George an Bethmanns Stelle! Liebknecht [1]) ist erst im Mai 1916 festgenommen worden, Rosa Luxemburg [1]) im Februar 1915, und zwar nur deswegen, weil sie eine im Jahr vorher erhaltene Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte.

3. Daß die Sozialdemokratie nach und nach das Gefühl ihrer Macht bekommen konnte, liegt nur daran, daß die Regierung nicht beizeiten einen Riegel vorgeschoben hat.

Der Ausbreitung pazifizistischer Ideen ist Bethmann Hollweg nicht entgegengetreten. Als Grund dafür kann man vielleicht die Tatsache ansprechen, daß er für seine Person von Anfang an überzeugt war, Deutschland werde n i ch t siegen [2]). Auf Veranlassung der Herren Delbrück, Dernburg, Harnack u. a. wurde ihm Ende Juli 1915 eine von 141 Personen (darunter deutschen Pazifizisten) unterzeichnete Eingabe überreicht. Diese Denkschrift gibt so sehr die Ansicht Bethmann Hollwegs wieder, daß eine zur Teilnahme aufgeforderte prominente Persönlichkeit deren Unterzeichnung ablehnte, da nicht einzusehen sei, warum sie ihm noch überreicht werden sollte. In dem Schriftstück findet sich der Satz: „Der höchste Siegespreis wird immer in der stolz errungenen Gewißheit bestehen, daß Deutschland auch eine Welt von Feinden nicht zu fürchten braucht.“ Annexionen werden grundsätzlich abgelehnt. Das Unternehmen war ein Gegenzug gegen die von Prof. Dr. Seeberg veranlaßte Denkschrift der „Intellektuellen“ vom 8. Juli 1915. (Siehe S. 14.)

Aus der gleichen Veranlassung war der Bund „Neues Vaterland“ an den Reichskanzler herangetreten [3]), um seine Ablehnung jeder Annexion und „der Wahnidee, den Frieden durch Vernichtung des Gegners zu sichern“, zum Ausdruck zu bringen. Führende Männer dieses Bundes waren die Professoren Quidde und Schücking.

Eine weitere moralische Unterstützung wurde dem Kanzler zuteil durch die Gründung des „Deutschen Nationalausschusses für Vorbereitung eines ehrenvollen Friedens“. Seine Parole war das, was Bethmann Hollweg im April 1916 bezeichnet hatte mit

[1]) Volkmann a. a. O., S. 93 und 141. — [2]) v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 236. — [3]) Flugschrift: Zur Belgischen Frage, von Prof. v. Below, Freiburg i. Br.

„realen Garantien im Westen, Vortragen der Grenzen im Osten“. Der Aufruf war an erster Stelle vom Fürsten Wedel unterzeichnet und erschien Anfang Juli 1916. Dieser Nationalausschuß war, einer Pressemeldung zufolge, unter „Zustimmung und Mitwirkung der Regierung“ gegründet worden. Er sollte ein Gegengewicht gegen den neuen Ausschuß sein (siehe Seite 15).

Überblickt man die Tätigkeit, welche die Regierung mit Bezug auf die Zersetzung der inneren Front entwickelt hat, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Zersetzung keineswegs Einhalt geboten, sie vielmehr noch gefördert worden ist.

Nationale Volkskreise.

Die festbleibenden nationalen Kreise der Bevölkerung haben der Zerstörung der inneren Front durch Stärkung des Siegeswillens, Nennung von Kriegszielen, die Deutschland in seinem Bestande sichern sollten und durch Bekämpfung aller internationalen Bestrebungen allein tatsächlichen Widerstand geleistet. Sie waren Vertreter des nationalen Machtwillens.

Die hauptsächlichsten Bestrebungen sollen hier Erwähnung finden:

Eine der ersten war die Denkschrift [1]) des Rechtsanwalts Claß über die Kriegsziele; an sie schlossen sich an eine Eingabe des Alldeutschen Verbandes vom 5. Mai 1915 und die Forderungen, die von seiten der nationalliberalen und konservativen Partei für die Friedensverhandlungen gestellt worden sind. Der Deutsche Wehrverein [2]) erhob seine Stimme zu einer Entschließung, die in der Hauptversammlung am 20. Februar 1915 einstimmig angenommen wurde und „Durchhalten bis zum äußersten mit Gut und Blut“ verlangte. Der Friede müsse Deutschland nicht nur finanzielle Entschädigungen, sondern auch Gebiets- und Machterweiterungen innerhalb und außerhalb Europas bringen. Außer einer Denkschrift von kaufmännischen Vereinen und Handlungsgehilfenverbänden an den Reichskanzler (1. April 1915) kommt eine solche von einigen Vereinigungen in Betracht, die dem Reichstag vorgelegt wurde (10. März 1915) und die gewissermaßen den Auftakt bildete zu der viel besprochenen großen Eingabe „der sechs wirtschaftlichen Verbände“ vom 20. Mai

---

[1]) v. Liebig a. a. O., 1. und 2. Teil, S. 292. — [2]) Diese und die folgenden Eingaben nach „Gedanken und Wünsche“ der Auskunftsstelle vereinigter Verbände.

1915 an den Reichskanzler. Sie erschien diesem als ein Protest auf breiter Basis gegen seine Kriegszielpolitik. Danach braucht Deutschland einen Frieden, der ihm politisch, militärisch, maritim und wirtschaftlich die Machterweiterungen bringt, die seine Stärke nach außen gewährleisten; Kolonialreich, Kriegsentschädigung, Belgien der deutschen Reichsgewalt unterstellt, französische Nordküste von Flandern an bis etwa zur Somme, Erzgebiet von Longwy-Briey, Verdun, Belfort und Westabhang der Vogesen. Im Osten für landwirtschaftliche Ausdehnung Teile der russischen Ostseeprovinzen und der südlich davon gelegenen Gebiete. Der Grund zu diesen Forderungen sei nicht Eroberungspolitik, sondern die dauernde Sicherung des Friedens. Die sechs Unterzeichner waren: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Westfälischer Bauernverein als Vorort der christlichen Deutschen Bauernvereine, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband.

Hieran schloß sich die sogenannte Eingabe der „Intellektuellen“ vom 8. Juli 1915 mit 1347 Unterschriften. Die Vorgeschichte reicht bis in den März 1915 zurück. Um diese Zeit hatte sich ein Kreis von Männern verschiedener Berufe und politischer Richtungen aus allen Teilen Deutschlands in Berlin versammelt, um die Frage der Kriegesziele ebenfalls zu erörtern. Die Absicht war, die Ansichten zu klären und der Regierung für Friedensverhandlungen „an dem deutlich ausgesprochenen Volkswillen“ einen Rückhalt zu bieten. Zur Bearbeitung war ein vorbereitender Ausschuß unter Vorsitz des Prof. Dr. R. Seeberg gewählt worden. Der Entwurf der Eingabe entstammte der Feder von A. Gildemeister, Leuchtenburg-Bremen. Die beschlußfassende Versammlung fand am 20. Juni 1915 in Berlin statt. Die den einzelnen Wünschen angepaßte Eingabe wurde am 8. Juli 1915 dem Reichskanzler übersandt. Bethmann Hollweg hatte sich zuerst bereit erklärt, das Schriftstück aus den Händen einer Deputation persönlich in Empfang zu nehmen; er zog aber diese Zusage zurück, als er davon Kenntnis erhielt, daß die Eingabe 1347 Unterschriften trage, also ebenfalls eine auf sehr breiter Grundlage ruhende Willensäußerung der gebildeten Stände darstellte. Unter den Unterzeichneten befanden sich 352 Professoren an Universitäten und weiteren Hochschulen, 158 Schulmänner und Geistliche, 145 höhere Verwaltungsbeamte, Bürgermeister und Stadtverordnete, 148 Richter und Anwälte, 40 Reichs- und Landtagsabgeordnete, 18 inaktive Admirale und

Generale, 182 Männer aus Industrie, Handel und Bankwesen, 52 Landwirte, 252 Künstler, Schriftsteller, Verlagsbuchhändler und Angehörige verschiedener Berufe. Inhaltlich ähnlich eingestellt wie die vorstehende Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände führte sie aus, daß Deutschland vor dem Kriegsbeginn niemals an Eroberungen gedacht habe; aber selbst seine engen Grenzen würden ihm von seinen Feinden nicht gegönnt. Jetzt, nachdem auch Italien in die Reihe der Gegner eingetreten sei, genüge bloße Abwehr nicht mehr. Wir wollen unsere Heimat so sichern, daß „unsere unabhängige Existenz auf Geschlechter hinaus gewährleistet ist". Als Bürgschaften werden angesprochen: Durchgreifende Verbesserung unserer ganzen Westgrenze von Belfort bis zur Küste, Einnahme eines Teiles der nordfranzösischen Kanalküste, Kriegsentschädigung von Frankreich mit einem Teil seiner Kolonien. Belgien, als natürliche englische Angriffsbasis, müsse Deutschland politisch, militärisch, wirtschaftlich fest in der Hand behalten. Von Rußland wird landwirtschaftliches Siedlungsland gefordert und statt der eigentlichen Kriegsentschädigung ein von Deutschen zu besiedelnder Grenzgürtel. Durchsetzung der deutschen Weltwirtschaft, See- und Überseegeltung, Freiheit der Meere, Schaffung deutscher maritimer Stützpunkte, Erschütterung der Stellung Englands in Ägypten, Beseitigung des englischen Monopols im Kabel- und Nachrichtenwesen, Kriegsentschädigung.

Nach Absendung der Eingabe an den Reichskanzler und sämtliche Bundesratsmitglieder löste sich der vorbereitende Ausschuß Anfang August auf. Bethmann Hollwegs Antwort vom 23. Juli 1915 lautete, er sei zurzeit nicht in der Lage, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Der Wert der Denkschrift wurde in der damaligen Zeit in der großen Zahl der Unterzeichner erblickt, die den Beweis lieferte, daß die Richtung, in welcher sich die Ausführungen bewegten, großen Anklang gefunden hatte. An Stelle des zurücktretenden Ausschusses hatte sich sofort ein neuer Ausschuß gebildet [1]), in welchem Geheimrat Prof. Dr. Dietrich Schäfer den Vorsitz übernahm. Der Zweck dieser Vereinigung war:

Bekämpfung der Versuche, für einen matten Frieden in weitesten Volkskreisen Stimmung zu machen,

Aufklärungs- und Werbearbeit für die Durchsetzung der in der Eingabe vom 8. Juli 1915 genannten Ziele.

---

[1]) Nach Drucksachen des Ausschusses und der Schrift „Dietrich Schäfer und sein Werk".

Der Krieg war das natürliche, durch den Widerstreit der Lebensforderungen der Völker bedingte Schicksal, das rücksichtslos mit allen zu Gebote stehenden Mitteln „gemeistert" werden mußte. Dem Vernichtungswillen der Feinde hatte Deutschland den unbeugsamen Willen zum Leben, den nationalen Machtwillen entgegenzusetzen. Diesen einheitlichen Willen zu schaffen, stellte eine Hauptaufgabe des neuen Ausschusses dar. Er hatte zunächst eine gezwungenermaßen stille, aber sehr ausgebreitete Tätigkeit entfaltet. Die Berichte der Mitarbeiter betonten, daß weite Kreise der Bevölkerung sich in ihrer Auffassung mit den allgemeinen Gedanken des Ausschusses einig fühlten. Unter dem Namen „Unabhängiger Ausschuß für einen Deutschen Frieden" machte er sich am 13. Juli 1916 der Öffentlichkeit bekannt [1]).

Dem Vorstand lag neben der Förderung der Werbearbeit die Bearbeitung der Kriegsziele und sorgfältige Beobachtung der außenpolitischen Lage ob. Von Berlin aus sollten vor allem „tatsächliche Mitteilungen zur Klärung der Ansichten" und „sachliche Belehrung in Einzelfragen" geboten werden. Material für Vorträge, Mitteilungen an die Presse usw. lieferten Flugblätter, Flugschriften und Broschüren. Außer dem Vorsitzenden waren auf diesem Gebiete tätig die Professoren Stahlberg, Seeberg, G. von Below, ferner Dr. Walter Vogel, C. C. Eiffe und viele andere. Jede Frage, die irgendwie die Interessen Deutschlands berührte, wurde ausführlich bearbeitet. Über die behandelten Gebiete kann nachstehende Zusammenstellung eine Übersicht gewähren:

Deutsche Kriegsziele, Staatskunst des Weltkrieges, Staatsbewußtsein im Kriege, Seegeltung und Kolonialgeltung, U-Bootkrieg, Seesieg am Skagerrak, Sicherungsfrieden, Bauernstand und Siedlungsland, Wahlrechtsform, Elsaß-Lothringen, Annexionen, Deutschtum im Auslande, die baltische Bevölkerung, Polenfrage, Flandern, Belgien, Schweden-Transito, Finnland. Kriegsziele der Entente, Irland als Zeuge englischer Politik, Englands Amerikapolitik, Amerika und der Krieg, osteuropäische Probleme, russische Revolution, Bulgarien und Rußland, Ukraine, Deutschland und Japan.

Die Forderung des unbeschränkten U-Bootkrieges bot Gelegenheit zu je einer Eingabe an den Kaiser und an den Reichs-

---

[1]) Veranlaßt durch die Gründung des „Nationalausschusses" (siehe S. 12). Vergl. auch Dietrich Schäfer, Mein Leben, S. 189.

tag, die am 22. März 1916 überreicht wurden. Erstere trug über 28 000 Unterschriften, letztere 90 000.

Als Anfang September 1917 die „Vaterlandspartei" mit dem Herzog Johann Albrecht und Tirpitz an der Spitze in die Öffentlichkeit trat, war der Vorsitzende des U.-Ausschusses, Dietrich Schäfer, sogleich bereit, hier fördernd mitzuarbeiten. Er forderte hierzu Mitglieder und Ortsgruppen auf und leistete einer Wahl in den „engeren Ausschuß" der DVP. (später in deren Vorstand) Folge.

Zum Schluß sollen in diesem Zusammenhang noch Erwähnung finden: Die Druckschrift „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode" von Junius Alter, die „Mai-Denkschrift 1916" von Geheimrat Kapp, die Studie „Die Politik von Bethmann Hollweg" von Freiherr v. Liebig, sowie die Tätigkeit des „Deutschen Flottenvereins" und der „Auskunftsstelle vereinigter Verbände" in Berlin.

Man muß das große Verdienst hoch anerkennen, welches sich alle in diesem Abschnitt erwähnten Vereinigungen und Personen für die Erhaltung der Stimmung im Lande erworben haben.

Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

Seit dem Tode Kaiser Franz Josefs (21. November 1916) war das einzige Band zwischen Deutschland und Österreich die militärische Abhängigkeit der Donaumonarchie. Österreich war des Krieges müde; aus dem Kriege [1]) war, „nicht etwa nur in dem Kopf des Mannes auf der Straße", sondern auch in dem Kopfe des Ministers des Auswärtigen, „ein österreichisch-ungarischer Verteidigungskrieg für Deutschland" geworden. Die russische Revolution (12. März 1917), der Niederbruch und das voraussichtliche Ausscheiden dieses östlichen Gegners lockerten das Band erheblich. Jetzt schien die Lage günstig, zum Frieden zu gelangen, namentlich wenn sie durch geschickte Nachhilfe verbessert wurde. Ein wesentliches Friedenshindernis war Elsaß-Lothringen. Frankreich wollte es haben und Deutschland sollte es herausgeben. Dann war — nach der Ansicht Czernins — der Friede da! Bethmann Hollweg hatte höchstens Grenzberichtigungen zugestanden. Die Kriegslage rechtfertigte die Abtretung der Reichslande in keiner

1) Helfferich, Der Weltkrieg, 3, S. 46.

Weise. In ganz Deutschland dachte niemand an etwas derartiges. Also „mußte der Boden für das Opfer der Reichslande erst bereitet werden“ [1]). Hier hatte die Nachhilfe einzusetzen, und damit haben wir den Faden des nunmehr beginnenden Czerninschen Intrigenspieles in der Hand.

Noch einem zweitägigen Besuch Czernins in Berlin gegen Ende März 1917, der Gelegenheit bot, offen auszusprechen, daß Österreich-Ungarn den Krieg nicht mehr lange werde fortsetzen können, erfolgte in den ersten Apriltagen ein Besuch des österreichischen Kaiserpaares im Großen Hauptquartier. Hier fielen sondierende Bemerkungen [2]), welche die freiwillige Abtretung Elsaß-Lothringens zum Gegenstand hatten. Deutschland zeigte die kalte Schulter. Es bedurfte also eines stärkeren Mittels. Czernin verfaßte einen Bericht über die Lage vom 12. April 1917, der mit Absicht in voller Übertreibung schwarz in schwarz malte und darin gipfelte, daß Deutschland für einen Winterfeldzug nicht mehr auf Österreich-Ungarn werde rechnen können [3]). Man dürfe sich nicht scheuen, für einen Frieden „eventuell große und schwere Opfer zu bringen.“ Der Bericht wurde in vier Exemplaren hergestellt, je eins für Kaiser Karl, den Deutschen Kaiser, die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin und für Czernin selbst. Am 14. April 1917 gelangte Kaiser Wilhelm II. in den Besitz des von einem Handschreiben Kaiser Karls begleiteten Berichtes. Weder Wilhelm II., noch die deutsche politische Leitung, noch die militärische Leitung ließen sich auf Grund der Kriegslage durch diesen Bericht einschüchtern; im Gegenteil, sie versuchten, den Verbündeten wieder aufzurichten, wie die deutsche Antwort vom 4. Mai, die am 11. Mai 1917 bei Kaiser Karl eintraf, bewies. Auch Mitte Mai 1917 zeigte sich, daß Österreich-Ungarn noch sehr lebhaft am Kriege teilnahm [4]), in dem es bei Besprechungen in Kreuznach Rumänien für sich beanspruchte.

Weit entfernt davon, die Intrige fallen zu lassen, setzte Czernin vielmehr neue Hebel in Bewegung. Mit der deutschen politischen und militärischen Leitung kam er nicht weiter. Da entschloß er sich zu einem Schritt, dessen Durchführbarkeit ihm in Deutschland mög-

[1]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 141. — [2]) Man vgl. damit, daß der „Sixtusbrief“ Kaiser Karls vom 24. März 1917 datiert ist. (Fester, Politik Kaiser Karls, S. 70 f.) — [3]) Daß Österreich-Ungarn kein „toter Mann“, sondern noch voller Leben war, zeigen seine Pläne hinsichtlich Polens. (Helfferich a. a. O., 3., S. 64 f.) — [4]) Helfferich a. a. O., 3., S. 72.

lich schien; er trat an Mitglieder des Parlamentes heran, von denen er annehmen zu können glaubte, daß er sich ihrer zur Durchführung seiner Absichten würde bedienen können. „Ich hoffte damals einen Augenblick, im Deutschen Reichstag einen dauernden und kräftigen Verbündeten gegen die Eroberungspläne des Militärs zu finden [1].“ Im Reichstag war damals eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinn, vorhanden. Sie wurde durch das innerpolitische Ziel, die Wahlreform in Preußen, zusammengehalten; diese Bindung war allerdings sehr stark, und Czernin konnte mit Recht darauf hoffen, daß die Mehrheit in diesem Falle auch auf dem auswärtigen politischen Gebiet zusammenhalten würde. Seine Absicht war [2], Schaffung einer „opferbereiten Panikstimmung“ durch Verbreitung der Überzeugung, daß „eine nahe Katastrophe der Verbündeten nur noch durch schwere Opfer abzuwenden wäre“. Ein Reichstagsbeschluß sollte die deutsche politische Leitung in Verlegenheit bringen und dadurch gefügig machen, sich dem österreichischen Bestreben anzuschließen, auf politisch-diplomatischem Wege zum Frieden zu gelangen. Selbstverständlich verschwieg er seinen Helfershelfern, daß ihm ganz sicher bekannt war, daß Frankreich nur nach Herausgabe von Elsaß-Lothringen Friedensbereitschaft zeigen würde und daß ein Friede auf dem status quo ante niemals erreicht werden konnte, solange Frankreich nicht besiegt am Boden lag. Als Beweis gilt folgendes Geständnis [3] in der Rede vom 11. Dezember 1918: „Niemals wurde uns vor allem erklärt, daß Deutschland seinen vorkriegerischen Besitzstand werde behalten können“ . . . Die Entente erklärte niemals, daß „sie mit einem Deutschland sprechen wolle, welches keine Eroberungsabsichten habe“. Sie erklärte immer, sie „wolle Deutschland vernichten“.

Durch einen Freund [4], der gute Beziehungen zum Reichstag unterhielt, nahm Czernin — wahrscheinlich Ende Juni 1917 — Verbindung mit den Abgeordneten Erzberger (Zentrum) und Südekum (Soz.) auf. Das Mittel zur Erreichung des gewünschten Zweckes bestand darin, den Erfolg des U-Bootkrieges, auf welchen sich die Siegeshoffnungen mit gründeten, in Mißkredit [5] zu

---

[1]) Czernin, Politik während des Weltkrieges, S. 16 — [2]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 141. — [3]) Czernin, Politik während des Weltkrieges, S. 4. — [4]) Czernin, Im Weltkriege, S. 211. — [5]) Für das Folgende: Fester, Politik Kaiser Karls, S. 139 ff.

bringen. Erzberger erhielt von Österreich Zahlenmaterial, welches beweisen sollte, daß die offiziellen, vom Admiralstab angegebenen Zahlen falsch, d. h. zu günstig seien. Der Grund, warum Czernin auch mit Südekum Anknüpfung gesucht hatte, war aller Wahrscheinlichkeit nach der, daß er mit den Sozialdemokraten der Reichstagsmehrheit ebenfalls in Verbindung bleiben wollte. Er glaubte, sie zur Herbeiführung eines Beschlusses in seinem Sinne benutzen zu können, indem er auf das Streben nach Macht, welchem Scheidemann und die anderen Führer auf Kosten der politischen Leitung huldigten, sowie auf die ausgesprochene Absicht, baldigst zu einem Frieden zu kommen, baute. Ganz unabhängig von Czernins Intrige lief noch eine zweite, von Erzberger in Szene gesetzte. Dieser wollte neben freier Bahn für den Parlamentarismus den Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, um, wie mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, eventuell auf dem Umwege über Bülow selbst Reichskanzler zu werden [1]).

Am 6. Juli 1917 erfolgte im Hauptausschuß des Reichstages der Vorstoß Erzbergers. Er bewegte sich auf einem Gebiet, welches die Oberste Heeresleitung mit anging. Der Kriegsminister [2]) hat daraufhin mit der OHL. für den folgenden Tag einen Immediatvortrag beim Kaiser beantragt und wurde dadurch die Veranlassung, daß v. Hindenburg und Ludendorff am 7. Juli 1917 in Berlin eintrafen. An diesem Tage hätte die Besprechung der beiden Generale mit den Parteiführern stattfinden können (sie wurde von Bethmann Hollweg verhindert, und fand tatsächlich erst am 13. Juli 1917 statt). Dann wäre noch kein Resolutionsentwurf als Kampfobjekt vorhanden gewesen, und man hätte erreicht, daß „der schlichte Nachweis der Grundlosigkeit der Panikstimmung vom 6. Juli" auf die meisten Parteiführer beruhigend, wie später am 13. Juli, so schon jetzt gewirkt hätte. In der Zeit vom 7. bis 13. Juli entstand der Resolutionsentwurf in einer interfraktionellen Kommission, zu der sich die Mehrheitssozialisten, Zentrum und Freisinn zusammengefunden hatten. Die ersteren waren der tonangebende Faktor. „Die Parteien wollten jetzt selbst die Politik machen", sagt Helfferich [3]). Die Aussicht auf Machterweiterung war speziell der für Scheidemann bestimmende Ge-

---

[1]) Fester a. a. O., S. 142. — [2]) Erzberger-Prozeß, S. 731. — [3]) Helfferich a. a. O., 3, S. 123.

sichtspunkt. Sein Tagebuch[1]) enthält unter dem 12. Juli 1917 die Angabe: „Unsere Macht wird immer größer, nicht etwa geringer. Je größer die Not wird, um so höher steigt die Macht des Reichstages gegenüber der Regierung." Am 13. Juli fand, wie erwähnt, die Besprechung über den Wortlaut des Resolutionsentwurfes mit der OHL. statt. Entgegen der Darstellung Bethmann Hollwegs und Scheidemanns ist festgestellt, daß die Generale mit der Resolution nicht einverstanden waren und alles taten, was sie „tun konnten, um ihrer Überzeugung von der Schädlichkeit derselben für die Armee zum Siege zu verhelfen[2])". Am 14. Juli 1917 sollte die Besprechung fortgesetzt werden. In der Zwischenzeit zeigte sich, welches Interesse gerade Scheidemann an dem Wortlaut der Resolution hatte. Mit Bezug hierauf äußerte er beim Abschied am 13. Juli abends[3]): „. . . geändert kann nichts mehr werden." Dann faßte der sozialdemokratische Parteivorstand über die Köpfe der anderen Parteien hinweg[4]) den Beschluß, vorzeitig, nämlich am 14. Juli früh, den Wortlaut zu veröffentlichen. Scheidemann berichtet, daß er deswegen in der Nacht nochmals von Südekum telephonisch angerufen worden sei. Sein Buch enthält die Sätze[5]): „Das (Fortsetzung der Verhandlung am 14. Juli) bestritt ich entschieden und bestand auf Veröffentlichung" und, falls Südekum noch mit anderen darüber verhandele, „bitte ich, ausdrücklich zu sagen, daß ich für Veröffentlichung bin." Wolffs Telegraphenbureau brachte die Veröffentlichung nicht; statt dessen konnte man am 14. Juli früh den Wortlaut im „Vorwärts" lesen[6]).

Am 13. Juli 1917 hatte der Kanzlerwechsel — Michaelis für Bethmann Hollweg, anstatt Bülow, wie Erzberger wollte, — stattgefunden. Am 14. Juli 1917 nachmittags versammelten sich die Parteiführer wiederum im Reichsamt des Innern, und hier sagte Michaelis zu Scheidemann[7]): „Ich war der Meinung, daß Sie und die OHL. über die Resolution vollkommen einig seien. Hätte ich gewußt, daß das nicht der Fall ist, so würde ich mich sehr besonnen haben, bevor ich das Amt übernahm."

In der Reichstagssitzung vom 19. Juli 1917 wurde die Resolution beschlossen, und ging „als Wille des deutschen Volkes"

---

[1]) Scheidemann a. a. O., S. 92. — [2]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 155. [3]) Helfferich a. a. O., S. 130. — [4]) Hohlfeld a. a. O., S. 541. — [5]) Scheidemann a. a. O., S. 95. — [6]) Helfferich a. a. O., S. 132. — [7]) Hohlfeld a. a. O., S. 542.

in die Welt hinaus. Michaelis sagt in seiner Lebensgeschichte [1]), er sei auf die Resolution festgelegt gewesen.

Die Resolution hatte folgenden Wortlaut [2]):

> „Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: ‚Uns treibt nicht Eroberungssucht.' Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.
>
> Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Die Wirkung der Resolution war zunächst auf die beiden „Regisseure" folgende: Czernin äußerte in einer Besprechung mit dem Grafen Wedel [3]), dem deutschen Botschafter in Wien, nachdem er von dem Ergebnis Kenntnis erhalten hatte: Die Friedensresolution „nimmt dadurch, daß sie auch im Falle des Sieges einen Versöhnungsfrieden anstrebt, den Feinden alles Risiko und bringt uns um die Früchte des Sieges". Dies ist die wahre Meinung Czernins gewesen, wie sich auch aus den österreichischen Annexionsplänen hinsichtlich Rumäniens ergibt [4]). Die Angaben in seinem Buche „Im Weltkrieg" wird man dementsprechend korrigieren müssen [5]). Czernin war also mit dem Ergebnis seiner Intrige n i c h t zufrieden. Dasselbe gilt für Erzberger; zwar war die Position des Reichstages gekräftigt, aber Bethmann Hollwegs Sturz

[1]) Michaelis, Für Staat und Volk, S. 332. — [2]) Ebenda, S. 325. — [3]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 140. — [4]) Helfferich a. a. O., 3, S. 73. — [5]) S. 212 f.

war durch die OHL. erfolgt. Bülow war nicht Nachfolger Bethmann Hollwegs. Bezüglich Scheidemanns wäre zu sagen, daß die Resolution eine Kraftprobe war, auf Grund derer sich der Reichstag stark in den Vordergrund geschoben hatte.

Das Ausland erblickte in der Resolution in Verbindung mit dem am 12. Dezember 1916 ergangenen Friedensangebot einen neuen Beweis der Schwäche. Der Entente war zudem die Lockerung des Zweibundes durch die Tätigkeit des Prinzen Sixtus bekannt. Am 20. Juli 1917 erklärte das neue Mitglied des englischen Kriegskabinetts, Carson [1]), daß die Grundlage von Verhandlungen nur die Zurücknahme der deutschen Heere hinter den Rhein bilden könne.

Die Reden der englischen Staatsmänner vom 21., 24., 26. und 30. Juli 1917 zeigten, daß man die Gewißheit erlangt hatte, der Gegner sei unterminiert [2]). Am 25. Juli 1917 sagt Bonar Law [3]), daß England mit Frankreichs Forderung der Rückgabe Elsaß-Lothringens solidarisch sei. Am 30. Juli 1917 bestätigte Ribot [3]), daß die französische Regierung außer der Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens die Errichtung eines linksrheinischen Pufferstaates erstrebe.

Der deutschen politischen Leitung waren die Hände gebunden, wenn sie sich an die Resolution halten wollte. Welcher Mißbrauch mit dem Wort: „Uns treibt nicht Eroberungssucht" getrieben wurde, zeigt z. B. ein späterer Brief Trotzkis an Lenin, den er von Brest-Litowsk aus geschrieben hatte und der den Satz enthält: „Sie (die Deutschen) können keine Offensive gegen uns unternehmen, weil sie behaupten, einen Verteidigungskrieg zu führen [4])."

Der Reichstag hatte einen selbständigen, auf die äußere Politik gerichteten Schritt unternommen, und zwar namens einer Mehrheit, die sich in der Hauptsache aus den Abgeordneten der Sozialdemokratie, des Zentrums und des Freisinns zusammensetzte. So wenig jemand vor Kriegsbeginn in einer derart zusammengekommenen Mehrheit den „Willen des Deutschen Volkes" gesehen hätte, konnten sich jetzt, im Juli 1917, die nationalgerichteten Teile der deutschen Bevölkerung auf diesen Standpunkt stellen. Die Czerninintrige und die Einzelheiten im Verhalten der Sozialdemokraten und Erzbergers waren der Öffentlichkeit zunächst nicht be-

---

[1]) Helfferich a. a. O., S. 148. — [2]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 161 f. — [3]) Helfferich a. a. O., S. 148. — [4]) Mittlgn. Nr. 14, S. 3.

kannt. Stresemann [1]) äußerte sich kurz nach dem 19. Juli, daß die Verzichtsformel vom deutschen Standpunkt aus nicht richtig gewesen sei, und daß der Reichstag überhaupt nicht hätte einberufen zu werden brauchen. Jedenfalls war die Folge ein Riß, der durch ganz Deutschland ging. Die Resolution schied die Vertreter des nationalen Lebens- und Machtwillens scharf von den international gerichteten Teilen der Bevölkerung, hierbei vor den politischen Parteien nicht haltmachend. So kam es schon nach vier Tagen zu einem Nachspiel. Auf das Gefüge des Zentrums hatte Erzbergers Vorgehen „wie eine Explosion" gewirkt. Schon am 23. Juli 1917 trat in Frankfurt a. M. der Reichsausschuß, das leitende Organ der Zentrumspartei, zusammen. Erzberger erfuhr die heftigsten Angriffe. Er konnte sich nur durch eine Waffe retten [2]), die ihm Kaiser Karl selbst in die Hand gedrückt hatte: das eigene Exemplar von Czernins oben erwähntem, nur für Kaiser Wilhelm II., die deutsche politische und militärische Leitung bestimmt gewesenen Bericht vom 12. April 1917, dessen Benutzung in Erzbergers Belieben gestellt worden war. Diesen Bericht las er der Versammlung von etwa 200 Personen, mit Unterschlagung des Datums, vor. Jeder Hörer mußte in ihm die wahre Ursache der Friedensresolution sehen. Hiermit richtet er einen ungeheuren Schaden für Deutschland an, da auch die bisher festgebliebenen Kreise infolge der geschilderten Lage zu verzweifeln begannen. Im August 1917 war der Bericht den Gegnern Deutschlands bekannt. Nach einer Agentennachricht vom 29. d. Mts. sprach man in Ententekreisen in der Schweiz ganz offen darüber.

---

[1]) Mittlgn. Nr. 31, S. 5. Beibl. nach „Deutsche Stimmen", 25. Juli 1917. — [2]) Fester, Politik Kaiser Karls, S. 159 u. 183.

Die Deutsche Vaterlands-Partei.

Geschichtliche Übersicht.

Der Generallandschaftsdirektor a. D., Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wolfgang Kapp hat den Plan zur Gründung der „Deutschen Vaterlands-Partei" (DVP.) gefaßt und durchgeführt [1]).

Während des Krieges war er schon einmal hervorgetreten. Von ihm stammte die jetzt allgemein bekannte Denkschrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler" vom 20. Mai 1916. Sie war seinerzeit unter Nennung seines vollen Namens [2]) in 300 maschinenschriftlichen Exemplaren an den Reichskanzler Bethmann Hollweg, an alle Minister und sonstige verantwortliche Stellen sowie hervorragende Parteiführer und im öffentlichen Leben stehende Männer vertraulich verschickt worden. Der Öffentlichkeit und der Presse nicht zugänglich, war sie daher damals im großen ganzen unbekannt. Ihren Inhalt bildete eine „zwar scharfe, aber durchaus vornehme und von der allerberechtigsten schweren Sorge um das Schicksal des Volkes und des Reiches eingegebene Auseinandersetzung mit der Politik Bethmann Hollwegs".

Am 5. Juni 1916 erschien Bethmann Hollweg im Reichstage und hielt eine Rede [3]), in der das Wort von „Piraten der öffentlichen Meinung" vorkam, und worin er gegen die obige Denkschrift, sowie eine davon ganz unabhängige, anonym erschienene Druckschrift [4]) von Junius Alter (siehe Seite 17) in leidenschaftlichster Weise zu Felde zog. Die meisten Zuhörer sowie das deutsche Volk als solches konnten sich ein eigenes Urteil über den Sachverhalt nicht bilden, da sie den Inhalt beider Schriftstücke nicht

---

[1]) Mündliche Mitteilungen. — [2]) Mai-Denkschrift, 2. Aufl., S. 3 f. — [3]) Kriegs-Rundschau, 3, S. 1278 f. — [4]) Junius Alter, Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode.

kannten. Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie stellten sich auf die Seite Bethmann Hollwegs; die Parteien des einstigen Bülowblocks äußerten in ruhiger Form ihre Gegnerschaft [1]). Graf Westarp (Konf.) ergriff in der Reichstagssitzung des folgenden Tages das Wort zu nachstehender, den Inhalt der Kappschen Denkschrift betreffenden Entgegnung [2]): „Was hier ausgeführt wird, ist lediglich das, daß unter der Parole der Einigkeit versucht werde, Kritiken, Meinungsverschiedenheiten zum Schweigen zu bringen, deren Aussprache denjenigen, die auf diesem kritischen Standpunkt stehen und anderer Meinung sind, als eine vaterländische Pflicht erscheine. Das ist ein Gedanke, der in weiten und wohlgesinnten Kreisen — auch das muß hier ausgesprochen werden — weit verbreitet ist. Und wenn dieser Gedanke hier zum Ausdruck gekommen ist, so kann ich nicht anerkennen, daß dadurch ein Anlaß zu dem schweren Angriff gegeben war, den der Herr Reichskanzler gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp, einen hochangesehenen Mann, gerichtet hat."

Am 30. Juni 1916 war die Amtszeit des Geheimrats Kapp abgelaufen. Die von der Ostpreußischen Landschaft vollzogene Wiederwahl [3]) für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 1922 wurde von der Regierung (Bethmann Hollweg) nicht bestätigt. Erst Ende November 1917 wurde der Widerspruch fallen gelassen, nachdem Bethmann Hollweg seinerseits gefallen war, und Kapp konnte sein Amt wieder antreten. Auf diese persönlichen Vorgänge ist, wie des Zusammenhangs wegen vorgreifend bemerkt wird, in der großen Reichstagsdebatte über die DVP. vom 6. und 9. Oktober 1917 zurückgegriffen worden. Der Abgeordnete Dr. Werner, Gießen (D. F.), sagte am 6. Oktober unter Bezug auf den Bethmannschen Angriff [4]): „Es wäre allerdings sehr viel erwünschter, daß man die Leute nicht mehr mit solchen wenig angenehm klingenden Bezeichnungen belegt, sondern sich bemüht, sie zu widerlegen. Aber weder der Schöpfer des Wortes „Piraten der öffentlichen Meinung" (Bethmann Hollweg) noch seine Anhänger haben sich bemüht, auf Grund einwandfreien Materials die Gegner zu widerlegen, weil sie es eben nicht können . . ." In Erwiderung auf einen sozialdemokratischen Angriff gegen die Führer der DVP. sagte am 9. Oktober der Abgeordnete Mertin [5]) (D. F.): „Glauben

---

[1]) Kriegs-Rundschau, 3, S. 1280. — [2]) R.-T., S. 1533 C. — [3]) Kriegs-Rundschau, 3, S. 1280. — [4]) R.-T., S. 3754. — [5]) R.-T., S. 3802 D.

Sie doch nicht, daß die Namen der Führenden die Bedeutung der Partei erschöpften, weil da ein Herzog an der Spitze steht oder Herr Generallandschaftsdirektor Kapp oder Herr v. Tirpitz, von denen Sie merkwürdigerweise sagen, sie hätten vom Kriege noch nichts gespürt, obwohl Exzellenz v. Tirpitz und Herr Kapp ihre Ämter durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen verloren haben."

Geheimrat Kapp gehörte dem „Unabhängigen Ausschuß" als Mitglied an; er hatte [1]) starke Fühlung mit allen nationalgesinnten Kreisen und verfolgte die Vorgänge, die sich im Reichstag besonders seit dem 6. Juli 1917 (Vorstoß Erzberger) abgespielt hatten (siehe Seite 20), mit großer Sorge. Die Intrige Czernins mit ihrer antideutschen Tendenz konnte ihm nicht bekannt sein. Als der Wortlaut des Resolutionsentwurfs durch die vorzeitige Veröffentlichung im „Vorwärts" am 14. Juli 1917 bekannt geworden war, entschloß er sich, hiergegen eine auf breitester Basis beruhende Volksbewegung einzuleiten. Was dieser Entwurf gefährdete, was wieder als erstes in den Vordergrund gerückt werden mußte, waren der unbeugsame Wille zum Sieg, den der Feind keinen Augenblick vergaß, und ein starker Friede, der die nationale Weiterexistenz sicherstellte.

Die ersten notwendigen Schritte wurden sofort unternommen. Nun bestanden bereits eine ganze Reihe von Vereinigungen nationaler Volkskreise für Erhaltung der Siegesstimmung im deutschen Volke (siehe Seite 13 ff.), aber sie liefen nebeneinander her. Dazu kam die Erwägung, daß eine Menge Deutscher, die sich gern betätigen würden, noch abseits stand, die große Partei der Parteilosen. Es handelte sich also darum, zu sammeln, was überhaupt zu sammeln war, und um die Zusammenfassung aller dieser Kräfte in einer Organisation. In erster Linie kam die Frage, von wo die Bewegung ihren Ausgang nehmen sollte, in zweiter Linie die Wahl des Namens.

Der anfängliche Gedanke, die Gründung von Hamburg oder den drei Hansestädten ausgehen zu lassen, gelangte nicht zur Ausführung. Statt dessen wurde die Provinz Ostpreußen gewählt, die schon einmal, 1813, die Basis einer großen nationalen Bewegung gewesen war, und die im gegenwärtigen Kriege die

---

[1]) Das Folgende nach ungedrucktem Material und mündlichen Mitteilungen.

schwerste Bedrückung durch den Feind erfahren hatte. Wie die Russen hier gehaust hatten, wußte jeder. Hierdurch schien es leichter als in einem anderen Teile des Deutschen Reiches möglich, eine breite, die bestehenden politischen Partien verbindende und nur das vaterländische nationale Moment betonende Plattform zu bilden. Aus der Fühlungnahme mit einer Reihe von hervorragenden Personen ergab sich, daß mit einer starken Resonanz im ganzen Reiche unbedingt gerechnet werden konnte. Einige parallel laufende, von anderer Seite in Szene gesetzten neuen Unternehmungen, welche die gleichen Ziele verfolgten, gingen in der Gründung auf.

Als Name war zuerst, mit Bezugnahme auf den „Hindenburgfrieden" gegenüber dem „Scheidemannfrieden", „Hindenburgpartei" ins Auge gefaßt, aber bald durch „Bismarckpartei" ersetzt worden. Andere Vorschläge lauteten: „Bismarckbund gegen den Parteihader im Kriege", „Deutsche Einheitspartei", „Deutsche Vaterlandspartei". Was zunächst die Wahl „Partei" oder „Bund" anbelangt, so schien das Vorhandensein schon so vieler „Bünde" geeignet, durch die Neugründung auch mit der Bezeichnung „Bund" die Möglichkeit der Zersplitterung oder der Konkurrenz zu schaffen, worin ein prinzipieller Fehler erblickt werden mußte. Die Benennung „Bund" wurde daher verworfen und durch die umfassendere „Partei" ersetzt. Das Wort erschien weniger matt und passiv. Es hatte „eine größere Schlagkraft". Mißverständnisse waren möglich, da das Wort „Partei" nicht nur auf besondere Gruppierungen Anwendung findet, wie z. B. Gerichtsparteien, Spielparteien und dergleichen, sondern auch auf die ausgesprochen politischen Gruppen. Sie sollten jedoch unschädlich gemacht werden durch die ausdrückliche Erwähnung, daß

1. kein Wettbewerb mit den bestehenden politischen Parteien stattfindet,
2. keine Kandidaten für die Volksvertretung aufgestellt werden,
3. sich die Partei mit dem Friedensschlusse auflöst und daß es sich überhaupt um eine Einigungspartei handele.

Im Anschluß an die erste Versammlung in Königsberg in Preußen fanden Ende August 1917 die entscheidenden Besprechungen zwischen Geheimrat Kapp und dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg sowie Großadmiral v. Tirpitz (mit dem schon bisher Verbindung bestand) in Berlin statt. Die Gründung der „Deutschen Vaterlands-Partei" erfolgte in den ersten Tagen

des September 1917 in Königsberg in Preußen. Außer dem Geheimrat Kapp gehörten noch 20 Herren aus der Provinz Ostpreußen zu den Gründern. Durch diese waren drei politische Parteien: Fortschrittliche Volkspartei, Nationalliberale Partei und Konservative Partei vertreten. Dem Beruf nach verteilten sich die Gründer wie folgt: Oberbürgermeister und Bürgermeister 4, Pfarrer 1, Industrie 2, Kaufmannschaft 2, Universitätsprofessoren 2, Rittergutsbesitzer 2, aktive und inaktive Beamte 5, inaktive Offiziere 1, Direktoren höherer Lehranstalten 2. Der Name „Bismarckpartei" war mit Rücksicht darauf, einen möglichst neutralen Boden zu schaffen, nach längerer Debatte fallen gelassen worden.

Die Gründungsurkunden bestanden in sechs Schriftstücken, und zwar:

1. dem „großen" Aufruf mit dem Datum des 2. September 1917 und 21 Unterschriften;

2. den Satzungen der DVP.;

3. je einem Telegramm an den Kaiser, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und den Reichskanzler;

4. dem „kleinen" Aufruf mit der Unterschrift des Herzogs Johann Albrecht und des Großadmirals v. Tirpitz.

Die Urkunden Nr. 1, 3, 4 wurden sogleich öffentlich bekanntgemacht.

Zu 1. Der „große" Aufruf vom 2. September 1917[1]).

> Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe und Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine, wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.
>
> Wen gäbe es, der nicht mit heißem Herzen den Frieden ersehnte! Nervenschwache Friedenskundgebungen verzögern aber nur den Frieden. Unsere, auf die Vernichtung Deutschlands bedachten Feinde erblicken in ihnen nur den Zusammenbruch deutscher Kraft. Und das zu einer Zeit, da wir nach dem Zeugnis unseres Hindenburg militärisch günsti-

[1]) Nach dem Original.

ger dastehen wie je zuvor. Sichern wir dem Feinde zu, daß für ihn jederzeit ein ehrenvoller Verständigungsfriede zu haben ist, so kann er durch Fortsetzung des Krieges nur gewinnen und nichts verlieren.

Unsere Regierung befindet sich nach den Geschehnissen der Vergangenheit in einer Zwangslage. Ohne einen starken Rückhalt im Volk kann die Regierung allein der Lage nicht Herr werden. Sie braucht für eine kraftvolle Reichspolitik auch ein kraftvolles Werkzeug. Ein solches Werkzeug muß sein eine große, auf weiteste vaterländische Kreise gestützte Volkspartei.

Nicht Sonderbestrebungen zur Erringung parteipolitischer Macht dürfen jetzt das Deutsche Reich zersplittern, der unbeugsame, nur auf des Vaterlandes Sieg bedachte Wille muß es einen! In dankbarem Aufblick zu unserem unvergeßlichen, geliebten ersten Kaiser und seinem eisernen Kanzler, den Einigern der deutschen Stämme, eingedenk des Titanenkampfes gegen den verderblichen Parteigeist, den Otto v. Bismarck mit flammenden Worten vor Gott und der Geschichte anklagte, haben die unterzeichneten ostpreußischen Männer, treu den Überlieferungen ihrer Vorväter die

Deutsche Vaterlands-Partei

gegründet, um das deutsche Vaterland in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte vor dem Erbübel der Uneinigkeit und Parteiung zu schützen und zu schirmen.

Die Deutsche Vaterlands-Partei bezweckt die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung. Sie besteht aus vaterländisch gesinnten Einzelpersonen und Vereinigungen. Sie will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß.

Die Deutsche Vaterlands-Partei will mit vaterländisch gerichteten politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten. Mit ihnen will sie zur Stärkung des Siegeswillens und zur Überwindung aller ihm entgegentretenden Schwierigkeiten Hand in Hand arbeiten. Die Deutsche Vaterlands-Partei ist eine Einigungspartei. Sie sieht deshalb von der Aufstellung eigener Kandidaten für die Volksvertretung ab. Mit dem Tage des Friedensschlusses löst sie sich auf.

Wir wollen keine innere Zwietracht! Über innerem Hader vergessen wir Deutsche zu leicht den Krieg. Der Feind vergißt ihn keinen Augenblick! Die in der Deutschen Vaterlands-Partei zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen

Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht. Mag der einzelne zu den innerpolitischen Streitfragen stehen wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit nach dem Kriege vorzubehalten. Dann sind unsere Tapfern aus dem Felde heimgekehrt und können am inneren Ausbau des Reiches mitwirken. Jetzt gilt es nur zu siegen!

Wir leben nicht, wie unsere Feinde lügen, unter autokratischem Absolutismus, sondern unter den Segnungen eines konstitutionellen Staates, dessen soziales Wirken alle Demokratien der Welt beschämt und dem deutschen Volke die Kraft gegeben hat, der ungeheuren Übermacht seiner Feinde zu trotzen. Deutsche Freiheit steht himmelhoch über der unechten Demokratie mit allen ihren angeblichen Segnungen, welche englische Heuchelei und ein Wilson dem deutschen Volk aufschwatzen wollen, um so das in seinen Waffen unüberwindliche Deutschland zu vernichten. Wir wollen nicht Englands Geschäfte besorgen.

Wir wissen, es geht um unseres Volkes Bestehen und Machtstellung in der Welt! Dem deutschen Volk geht es nicht, wie England, nur um das Geschäft! England, der Anstifter und beharrliche Schürer dieses Weltbrandes, ist in verzweifelter Lage. Zu Wasser und zu Lande sind wir die Sieger! Durch den U-Boot-Krieg in seinem Lebensnerv getroffen, hofft England noch in letzter Stunde auf deutsche Unzufriedenheit und Uneinigkeit. In nicht zu ferner Zeit wird sein Hochmut gebrochen sein, wenn wir nur ausharren und trügerischen Friedenslockungen widerstehen!

Wir wissen, und auch die Feinde wissen es, wieviel Deutschland seiner militärischen Erziehung durch Preußens Könige aus dem Hohenzollernhause verdankt. In dem Kaisertum erblicken die Feinde das Haupthindernis für Deutschlands Niederringung. Mit allen Mitteln der List und Lüge wollen so sie Deutschlands Söhne zum Verlassen ihres Kaiserlichen Führers bestimmen. Sie wissen nicht, was deutsche Treue heißt, wie die deutschen Bundesfürsten und Stämme, durch Blut und Eisen zusammengeschweißt, bis zum letzten Atemzug zu Kaiser und Reich stehen! Sie ahnen nicht, wie kriegerische Zucht uns Deutschen kein Opfer, sondern freiester Stolz ist.

Wir wollen keinen Hungerfrieden! Um einen Frieden bald zu erreichen, müssen wir nach Hindenburgs Gebot die Nerven behalten. Tragen wir willig Not und Entbehrungen, so wird dem Deutschen Volk ein Hindenburg-Frieden zuteil werden, der den Siegespreis ungeheurer Opfer und Anstrengungen heimbringt. Jeder andere Friede bedeutet einen vernichtenden Schlag für unsere Zukunftsentwicklung. Die Verkümmerung unserer Weltstellung

und unerträgliche Lasten würden unsere wirtschaftliche Lage und vor allem die Aussichten unserer Arbeiterschaft vernichten. Statt hochwertige Waren auszuführen, wird Deutschland dann wieder seine Söhne in Scharen auswandern sehen!

Die Gründer der Deutschen Vaterlands-Partei haben Seine Hoheit den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und den Großadmiral v. Tirpitz gebeten, die Führung der Partei zu übernehmen!

An alle, die auf dem Boden dieser Anschauungen stehen, richten wir den Ruf, sich der Deutschen Vaterlands-Partei anzuschließen! Jeder, der helfen will, ist willkommen! Die Ziele der Partei müssen sofort verwirklicht werden! Kein Augenblick ist zu verlieren:

Es gilt Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft!

Königsberg i. Pr., im Yorksaal der ostpreußischen Landschaft, am Tage von Sedan, 1917.

Dr. Baumgart, Königsberg i. Pr., Universitätsprofessor, Geheimer Regierungsrat — Dr. Brandes, Althof, Kreis Insterburg, Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen — Brodrück, Amelienau, Generalleutnant z. D. — v. Brünneck, Königsberg i. Pr., Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen — Dr. Dirichlet, Königsberg i. Pr., Gymnasialdirektor, Stadtverordnetenvorsteher — Graf Dönhoff, Friedrichstein, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Landhofmeister im Königreich Preußen — Ebel, Pr.-Eylau, Superintendent — Freiherr v. d. Goltz, Kallen, Kreis Fischhausen — Dr. Hansen, Königsberg i. Pr., Universitätsprofessor, Geheimer Regierungsrat, Prorektor der Königlichen Albertus-Universität — Heumann, Königsberg i. Pr., Kommerzienrat, in Firma Waggonfabrik L. Steinfurt, G. m. b. H. — Dr. Kapp, Pilzen, Kreis Pr.-Eylau, Generallandschaftsdirektor a. D., Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat — Dr. Körte, Königsberg i. Pr., Oberbürgermeister — Otto Meyer, Königsberg i. Pr., Vorsitzender des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft — Rudolf Meyer, Königsberg i. Pr., Kaufmann und Stadtrat — D. Dr. v. Plehwe, Kanzler im Königreich Preußen, Oberlandesgerichtspräsident a. D. — Pohl, Tilsit, Oberbürgermeister — Freiherr von Tettau, Tolks, Obermarschall im Königreich Preußen, Vorsitzender des Provinzial-Landtages — Tießen, Königsberg i. Pr., Bürgermeister — Wittrien, Königsberg i. Pr., Geheimer Studienrat, Realgymnasialdirektor — Dr.-Ing. Ziese, Geheimer Kommerzienrat, Inhaber der Schichau-Werke — Zülch, Allenstein, Oberbürgermeister.

Das Wesentlichste ist die Hervorhebung des Willens als Kriegsmittel. Unbeugsamer Wille zum militärischen Sieg, Wille zum Durchhalten und politischen Sieg, beide verloren gegangen, werden neu gefordert. Wie sehr es auf den Willen ankam, dafür fand ein halbes Jahr später am 2. März 1918 die freisinnige „Vossische Zeitung" folgende Worte [1]: „England hat uns nur eins voraus, die moralische Kraft eines unbeugsamen zielbewußten politischen Willens . . . Es kämpft mit dem letzten Hauch von Mann und Roß, . . . es glaubt an unsere moralische Unterlegenheit, es glaubt an die ungewollte Hilfe derjenigen Deutschen, denen die Klarheit des Zieles und der Wille zu diesem Ziel fehlt; nur wenn wir diese Hoffnung enttäuschen, . . . werden wir siegen."

Der Aufruf zeichnet weiter mit scharfen Strichen die augenblickliche Lage und die sich hieraus ergebenden Folgen: die vollständige Zerstörung der inneren Front und die Notwendigkeit erneuter Einigung und Sammlung, die durch die Friedensresolution fast vernichtete Siegeszuversicht und das Erfordernis der sofortigen Wiederaufrichtung derselben, den inneren Kampf, hervorgerufen durch Sonderinteressen ohne Zusammenhang mit dem äußeren Krieg und die Notwendigkeit, diesen äußeren Krieg wieder in den Mittelpunkt aller Gedanken zu stellen, die Abweisung eines „Hungerfriedens" und die Forderung eines den Opfern und Anstrengungen entsprechenden Siegespreises.

Dieser Aufruf hob die Heimat auf gleiche Höhe mit den draußen kämpfenden deutschen Heeren, er machte Heimat und Front in Denkweise und Zielvorstellung wieder miteinander solidarisch. Indessen hatte er eine schwache Stelle: die Verweisung aller innerpolitischen Streitfragen auf die Zeit nach dem Kriege, obgleich die königliche Order über das allgemeine Wahlrecht vom 11. Juli 1917 die Einbringung der Wahlrechtsvorlage noch während des Krieges in Aussicht gestellt hatte (tatsächlich fand die erste Sitzung im preußischen Abgeordnetenhause [2]) mit dieser Tagesordnung bereits am 5. Dezember 1917 statt). Diese Schwäche wurde sofort erkannt und als bequem sich darbietende Gelegenheit in weitgehendster Weise ausgebeutet. Auf ihr beruht, allerdings nur scheinbar, der bis zum Kriegsende der Partei gemachte Vorwurf, sie sei reaktionär und wolle keine innere „Neuordnung". Die sozialistische und freisinnige Presse, „Vorwärts", „Berliner Tage-

1) Mittlgn. Nr. 26, Beibl. S. 8. — 2) A.-H., Sp. 6561 ff.

blatt" und „Frankfurter Zeitung", stand unbeschränkt diesen fortdauernd und mit ungeschwächter Kraft geführten Angriffen zur Verfügung. Indes wäre es eine Täuschung, zu glauben, daß diese Angriffe ohne die schwache Stelle des Aufrufs unterblieben wären. Der Zweck dieser starken einseitigen Betonung des Reaktionären war unter anderem, die Aufmerksamkeit der Massen abzulenken von dem, worauf es für Deutschland zunächst allein ankam, nämlich von der Notwendigkeit des Sieges.

Die Darstellung wird im folgenden erkennen lassen, wie die Parteileitung dieser Schwierigkeit Herr zu werden versuchte.

Zu 2. Die Satzungen der DVP.[1])

Wichtig für die Kennzeichnung der neuen Partei sind die §§ 2 und 3.

§ 2.

Die DVP. will eine große, auf weiteste vaterländische Kreise gestützte Volkspartei sein. Sie bezweckt die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der sonstigen politischen Parteistellung. Sie besteht aus vaterländisch gesinnten Einzelpersonen und Vereinigungen.

Die DVP. will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß.

Die DVP. will mit vaterländisch gerichteten politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten. Mit ihnen will sie zur Stärkung des Siegeswillens und zur Überwindung aller ihm entgegentretenden Schwierigkeiten Hand in Hand arbeiten. Die Partei sieht von der Aufstellung eigener Kandidaten für die Volksvertretung ab. Mit dem Tag des Friedensschlusses löst sie sich auf.

§ 3.

Die in der DVP. zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht. Mag der einzelne zu den innerpolitischen Streitfragen stehen wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit noch dem Kriege vorzubehalten.

[1]) Nach dem Original.

Im einzelnen ergeben sich die Ziele der Partei aus dem angehefteten

Aufruf der Deutschen Vaterlands-Partei, der als Bestandteil dieser Satzungen gilt. —

In den Satzungen ist nochmals der schon im Aufruf enthaltene Gedanke wiederholt, daß die DVP. sich nicht als politische Partei betrachtete. Hervorgehoben werden muß, daß weder der Aufruf noch die Satzungen die Kriegsziele bezeichnen. Der Verzichtfriede ist zwar abgelehnt, statt dessen aber nur gesagt, daß der Siegespreis Opfer und Anstrengungen lohnen müsse.

Zu 3. Die Telegramme an den Kaiser, Hindenburg und den Reichskanzler.

a) An den Kaiser.

An Seine Majestät den Deutschen Kaiser,

Großes Hauptquartier.

Euer Majestät melden die unterzeichneten Ostpreußen ehrfurchtsvoll die in Königsberg am Tage von Sedan vollzogene Gründung der „Deutschen Vaterlands-Partei“. Es gilt, das Deutsche Reich, das Euer Majestät unvergeßlicher Herr Großvater geschaffen haben, und des Reiches Weltstellung, das Werk Eurer Majestät, den Stürmen des Weltkrieges und innerem Unverstand zum Trotz, zu erhalten und einer sicheren, segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Nur für die Dauer des Krieges gegründet, will die Deutsche Vaterlands-Partei alle vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung zusammenfassen. Im festen Vertrauen auf Euer Majestät Führung und die herrlichen Taten von Heer und Flotte wollen wir die Stütze sein einer starken kaiserlichen Politik, die uns zum Siege führt. Der Sieg allein kann uns den rechten Frieden bringen. Eingedenk der Überlieferungen ihrer Vorväter und als diejenige Provinz, die unter dem räuberischen Einfall des Feindes am schwersten gelitten hat, darf Ostpreußen sich als berufen ansehen, den Weckruf an das deutsche Volk ergehen zu lassen, daß es in diesem ihm aufgezwungenen Daseinskampf wirtschaftlich, militärisch und politisch bis zum Äußersten ausharrt, bis wir den Feind zum Frieden gezwungen haben. Erfüllt von nie erlöschender Dankbarkeit für die landesväterliche Fürsorge, die Euer Majestät unserer schwer geprüften Heimat bei Heilung der ihr durch den Krieg geschlagenen Wunden so hochherzig erwiesen haben, erneuern wir das Gelübde unverbrüchlicher Treue und Vaterlandsliebe.

(Unterzeichnet von den Gründern der Partei wie bei dem „großen“ Aufruf.)

b) An Hindenburg.

An seine Exzellenz den Generalfeldmarschall von Hindenburg,
Großes Hauptquartier.

Euer Exzellenz, den Befreier Ostpreußens, melden die unterzeichneten Ostpreußen die in Königsberg am Tage von Sedan erfolgte Gründung der „Deutschen Vaterlands-Partei". Nur für die Dauer des Krieges gegründet, will sie alle vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung zusammenfassen. Wir wollen mithelfen, daß das Erbe des großen Kaisers und seines eisernen Kanzlers unseren Kindern ungeschmälert hinterlassen wird, daß Kaisertum und Reich und des deutschen Volkes Weltstellung in den Stürmen des Weltkrieges und allem Unverstand im Innern zum Trotz erhalten bleiben. Eine starke kaiserliche Politik, gestützt auf die gewaltigen Taten von Heer und Flotte, wird uns den deutschen Frieden bringen. Begeistert stimmen wir den Mahnungen zu, mit denen Euer Exzellenz uns Deutsche des öfteren angefeuert haben, das wichtigste Ziel, den Sieg nie außer acht zu lassen!

(Unterzeichnet von den Gründern der Partei
wie bei dem „großen" Aufruf.)

c) An den Reichskanzler.

An Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis,
Berlin.

In Königsberg, von wo im Jahre 1813 die Erhebung des preußischen Volkes zur Rettung des Vaterlandes ausging, haben die unterzeichneten Ostpreußen am Tage von Sedan die Gründung der „Deutschen Vaterlands-Partei" vollzogen. Nur für die Dauer des Krieges gegründet, will sie alle vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung zusammenfassen. Das Werk unseres Kaisers, die Weltstellung des Deutschtums, besteht heute seine Feuerprobe. Wir Bewohner der äußersten Ostmark wissen, worum es sich dabei handelt! In einem starken Deutschen Reiche und Kaisertum erkennen wir die Grundlage aller Betätigung in der Welt. Diese Grundlage im Geiste Bismarcks zu erhalten, gilt es zunächst. Es gilt aber weiter, uns die Entwicklungsmöglichkeiten draußen in der Welt zu sichern, wenn wir nicht innen und außen verkümmern wollen. Das ist das doppelte Ziel, in dessen Dienst wir uns stellen. Nur zu erreichen ist es durch eine starke Führung, die unbeirrt die unvergleichlichen Taten von Heer und Flotte für eine glückliche Zukunft des Deutschen Reiches auch politisch auszuwerten weiß. Euer Exzellenz bitten wir überzeugt zu sein, daß eine solche Politik die vorbehaltlose Unterstützung der Deutschen Vaterlands-Partei finden wird.

(Unterzeichnet von den Gründern der Partei
wie bei dem „großen" Aufruf.)

Zu 4. Der „kleine“ Aufruf.

Wie vor hundert Jahren zur Zeit der Befreiungskriege ergeht auch jetzt wieder aus Ostpreußen, der schwergeprüften kernigen Ostmark, der Ruf an ganz Deutschland zur Sammlung aller vaterländischen Kräfte; denn das Vaterland ist in Gefahr!

An uns Unterzeichnete ist die Aufforderung ergangen, die Führung der Deutschen Vaterlands=Partei zu übernehmen. Im vollen Bewußtsein des Ernstes der Stunde folgen wir ihr. Die Feinde, voran Präsident Wilson, sehen, daß sie unsere Niederlage mit den Waffen nicht erkämpfen können. So bauen sie auf deutsche Kurzsichtigkeit und hoffen mit ihrer Hilfe den Sieg zu erschleichen! Sie sollen sich täuschen!

Die Kriegslage ist gut. Siegreich kämpfen unsere Heere auf allen Fronten, unerschütterlich hält unsere Flotte Wacht, unsere U=Boote zehren, des Erfolges sicher, am Lebensnerv unserer Feinde. Die Ernährungsschwierigkeiten können und werden wir überwinden.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, wir könnten auf dem von einer Mehrheit des Reichstages neuerdings eingeschlagenen Wege dem von allen ersehnten Frieden näherkommen.

Landsleute in Nord und Süd, in Ost und West, schart euch einmütig in der Deutschen Vaterlands=Partei zusammen, damit wir der Welt beweisen:

Wir lassen uns durch niemanden und durch nichts von dem festen Willen abbringen, zu siegen und den Lohn unseres Sieges zu erringen.

Was Bismarck uns erstritten und Hindenburg uns gegen eine Welt von Feinden erhalten, das soll uns niemand verkümmern.

Wir wollen keinen Hungerfrieden, der uns unerträgliche Lasten und Fesseln auf viele Jahrzehnte auferlegt, wir wollen einen Frieden erringen, der uns freie Entwicklung und neue Blüte sichert!

Johann Albrecht,	v. Tirpitz, Großadmiral,
Herzog zu Mecklenburg,	St. Blasien, September 1917.
z. Z. im Felde, September 1917.	

Die Führung der DVP. übernahmen der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg als Ehrenvorsitzender und Großadmiral v. Tirpitz als 1. Vorsitzender.

Die Neugründung erweckte im ganzen Deutschen Reich in allen nationaldenkenden Teilen der Bevölkerung begeisterten

Widerhall. Obgleich über Czernins Intrige und sein Zusammenarbeiten mit Erzberger-Südekum noch ein Schleier lag, fühlten doch Millionen aus der Resolution vom 19. Juli 1917 eine ihnen wesensfremde und zugleich unwahrhaftige Gesinnung heraus, zu deren Ablehnung das Wohl des Vaterlandes zwang. Dieses Gefühl, das, angeregt durch den Aufruf, zu energischer Betätigung drängte, ist es dann auch gewesen, das der ganzen Bewegung den Charakter einer ungeheuren nationalen Welle gab.

Als Beispiel mögen hier Sätze aus dem Aufruf [1]) des Freiburger Ortsvereins Erwähnung finden, deren Prägung darauf hinweisen soll, daß dringendste Notwendigkeit an die Deutschen herantrat: „Müdes Gewährenlassen, resignierte Zurückhaltung sind heute dem Bürger nicht mehr erlaubt. Sie machen mitschuldig an dem verhängnisvollen Geschehen, mit dem die Berliner Beschlüsse unser Vaterland bedrohen. Wir wollen keinen Frieden, der uns vor den Heimkehrenden erröten läßt, dessen wir uns schämen müssen vor unseren Toten."

Dementsprechend groß war auch der Widerstand, der sich der Bewegung in dem Zentrum, den Freisinnigen und den Sozialdemokraten entgegenstemmte. Aber auch aus den Kreisen derjenigen Intellektuellen, die eine Hinneigung zum Pazifizismus und zu anderen Richtungen des internationalen Machtwillens hatten, erhoben sich eine Anzahl Gegner. An dieser Stelle genügt der Hinweis, daß sich die Angriffe in der Richtung bewegten, das Anwachsen der Partei durch Gegenagitation zu verhindern, Unterstützung und Förderung durch die Reichsleitung unmöglich zu machen und der Tätigkeit der neuen Partei durch die „Abstempelung als politische Partei" alle möglichen Beschränkungen aufzuerlegen.

Bei der zugunsten der DVP. einsetzenden sehr lebhaften Werbearbeit ist es in dem Übereifer der Beteiligten zu einigen Entgleisungen gekommen, indem Innerpolitisches in unerwünschter Weise betont wurde. In den Reichstagsverhandlungen vom 6. und 9. Oktober 1917 kann man Belege hierfür finden. Die Parteileitung ist solchem Verhalten stets mißbilligend entgegengetreten.

Auch innerhalb der Partei wurde die Frage des Namens angeschnitten. Abgesehen davon, daß solche nachträglichen Änderungen erfahrungsgemäß große Schwierigkeiten bereiten, setzte

[1]) Zitiert nach Unabh. Nationalkorrespondenz, Berlin (Dr. Neumann), Nr. 382, vom 8. Oktober 1917 in „Deutsche Literatur" usw., von G. v. Below.

sich doch die Auffassung durch, sich nicht so sehr an das Wort zu halten, als vielmehr an die Sache, für die man wirkte.

Der 24. September 1917 war insofern ein großes Ereignis für die DVP., als sie den ersten Parteitag auf 12 Uhr mittags im Festsaale des Abgeordnetenhauses einberufen hatte und die erste öffentliche Kundgebung abends in der Philharmonie und im Rheingold stattfand. Auch tagte zum ersten Male der „engere Ausschuß". Seine Tätigkeit war eine sehr folgenreiche. Es handelte sich um die Abänderung der Satzungen in dem oben Seite 34 erwähnten Sinne. Der § 2 Absatz III erhielt die Eingangsfassung: „Die Deutsche Vaterlands-Partei will mit den bestehenden politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten." Von § 3 blieb nur der erste Satz bestehen, alles übrige fiel fort. (Vgl. S. 34.)

Das bedeutete, daß der „große" Aufruf als Bestandteil der Satzungen verschwand, und daß die Entscheidung über innerpolitische Fragen nicht mehr der Zeit nach dem Kriege vorbehalten bleiben sollte. Damit war die erwünschte und nötige Anpassung an die bestehende innerpolitische Lage erreicht. Der Parteitag wählte den Reichsausschuß und genehmigte die obigen Satzungsänderungen sowie die Wahlordnung für den Parteitag. Außerdem wurden Satzungen für Landesvereine und solche für Ortsvereine genehmigt.

Abends 7½ Uhr fanden als erste öffentliche Kundgebung der DVP. zwei große Versammlungen, in der Philharmonie und im Rheingold, statt. Die Beteiligung war eine außerordentlich starke. Beide Versammlungen gestalteten sich zu großen patriotischen Kundgebungen. Die dort gehaltenen Reden sind zusammengestellt worden und als offizielle Parteiveröffentlichung in Heftform erschienen [1]).

In den Vorbemerkungen ist gesagt: „Die Ausführung Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht, des Großadmirals v. Tirpitz und des Generallandschaftsdirektors a. D. Dr. Kapp sind als parteiamtliche programmatische Darlegungen der Ziele und Auffassungen der Parteileitung anzusehen." Man muß hierbei an die beschlossene Statutenänderung denken, die von Großadmiral v. Tirpitz und Generallandschaftsdirektor Kapp nochmals ausdrücklich vor der Öffentlichkeit erwähnt und erläutert wurde (siehe diese

[1]) Deutsche Vaterlands-Partei: „Deutsche Ziele". Reden bei der ersten öffentlichen Parteikundgebung. Verlag Karl Curtius, Berlin W., Derfflinger, Nr. 20.

Reden); außerdem gab hier zum ersten Male die DVP. ihre Kriegsziele durch den Mund des Großadmirals v. Tirpitz bekannt. Im einzelnen führten die drei Redner folgendes aus (Auszüge):

Herzog Johann Albrecht.

Im August 1914 war die Heimatsparole: Wir wollen helfen, den Sieg zu erringen. Heer und Heimat standen auf derselben Höhe. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Sorge bedrückt uns, daß die berufenen Führer und Vertreter des Volkes ihrer großen Aufgabe nicht immer gewachsen waren, daß das deutsche Vaterland vor der Gefahr steht, durch Schuld eines Teiles derselben den vollen Sieg nicht zu erringen, nicht den ihm gebührenden und für unser Weiterbestehen notwendigen Siegespreis zu erhalten. Häuslicher Streit entbrannte. Ein jeder echte Deutsche empfindet: „Es muß etwas geschehen, so darf es nicht weitergehen." Daher der Ruf der Sammlung durch die DVP. — Am Schluß kam der Satz, der nicht nur durch die Presse ging, sondern auch von dem Abgeordneten Trimborn (Zentr.) am 6. Oktober 1917 im Reichstag glossiert wurde: „Die DVP. werde . . . der Mittelpunkt der Sammlung für alle treuen Deutschen, die durch keine internationalen Rücksichten irgendwelcher Art wissentlich oder unwissentlich gebunden sind, die nur eines wollen: den Sieg Deutschlands[1])!"

Großadmiral v. Tirpitz.

Die Hohenzollern und das Genie Bismarcks haben ein Deutschland geschaffen, das in der Weltentwicklung bestehen konnte.

Es ist unsere Pflicht, das Deutschtum den anderen Weltmächten gegenüber ebenbürtig an die Seite zu stellen. Unsere mit Riesenschritten vorwärtsschreitende wirtschaftliche Entwicklung war der Stein des Anstoßes für England. Schon vor langen Jahren hat es dort geheißen: Germaniam esse delendam. Der innerste Wesensgrund dieses Weltkrieges ist die nichtüberbrückte Kluft zwischen dem europäischen Kontinent und der Weltauffassung Englands, die auch nach Amerika übertragen worden ist. England sieht alles als Unrecht an, was ihm als auserwähltem Volke ungünstig ist, als Recht, was ihm günstig.

---

[1]) Vgl. die Ausführungen im Abschnitt „DVP. und Zentrum".

Unseren Durchmarsch durch Belgien nannte man ein Verbrechen, weil wir den Engländern zuvorkamen; es müsse einmal klipp und klar ausgesprochen werden, daß dem Staate Belgien durch sein Verhalten Recht und nicht Unrecht (wie Bethmann Hollweg voreilig behauptet hatte) geschehen ist. England will den monarchisch organisierten deutschen Bundesstaat erschüttern. Deshalb ist es der kategorische Imperativ für jeden Deutschen, alle Parteiklammern und sozialen Unterschiede jetzt beiseite zu schieben, um unseres Volkes Zukunft willen. Deutschland muß seinen Platz an der Sonne haben. Ein Frieden ohne Entschädigung handgreiflicher Art bedeutet in Anbetracht der ungeheuren deutschen Verluste die Niederlage Deutschlands. Das Ende des Krieges muß aber vielmehr allen Völkern klar beweisen, daß England uns nicht besiegt hat. Das kann nur erreicht werden durch richtige Lösung der belgischen Frage. „Wir müssen wollen, daß nicht England, sondern Deutschland Belgiens Schutzmacht sei." Wegen der Vernichtung unserer ganzen überseeischen Handelsbeziehungen ist ein Friede auf dem status quo ante ein Unglück. Dem Irrwahn, Frieden um jeden Preis zu fordern, tritt aufklärend die DVP. entgegen.

„Jeder an seiner Stelle, auch die Frauen eingeschlossen, der Höchste und der Geringste sind uns willkommen.

Ich möchte von diesem Platze aus noch einmal betonen, daß die DVP. in bezug auf Einzelfragen und besonders in bezug auf innere Politik jedwedem seine politische Überzeugung läßt, daß sie auch in keiner Weise in die vielfachen Verbände und Einzelorganisationen eingreifen will. Sie ist eine Einigungspartei, die alle Kräfte für das große Ziel versammelt, sich aber nicht identifiziert mit den einzelnen Organisationen. Die DVP. nimmt auch zu der angekündigten Wahlrechtsreform in Preußen keine Stellung. Die geht nun ihren Gang."

Die Entscheidung des ganzen Krieges liegt im Westen, in unserer Stellung zu England. Der unüberbrückbare Gegensatz der Interessen fehlt im Osten. Die Regelung unseres Verhältnisses zu unseren Bundesgenossen ist Sache der Reichsleitung. Sie kann der Unterstützung der DVP. hierin gewiß sein. Deutschland muß den Willen haben, neben dem militärischen Sieg auch den politischen Sieg über den Anglo-Amerikanismus zu erkämpfen.

Geheimer Oberregierungsrat Dr. Kapp

machte Mitteilungen über den augenblicklichen Stand der Organisationsarbeit und führte weiter aus:

Tatsächlich bestehe jetzt das deutsche Volk nur aus zwei Parteien: die eine erstrebe den Verzichtfrieden und lege verschwommene Weltverbrüderungs- und Kulturideale ihren Plänen zugrunde. Die andere vertrete den nationalen Machtgedanken und wolle einen dementsprechenden Vaterlandsblock darstellen. Das ist die DVP. Sie will den Siegeswillen stärken und einen Sammelpunkt abgeben für alle, die zur ersten Partei nicht gehören wollen. „Sie verlangt nur, daß der Austrag von Verfassungsfragen und innerpolitischen Gegensätzen nicht die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von dem einzigen Ziele abzieht, auf das es jetzt ankommt, der Niederringung der Feinde; die DVP. mischt sich nicht in innerpolitische Fragen. Dies ausdrücklich noch einmal festzustellen, in Übereinstimmung mit den Ausführungen, die Se. Exz. der Großadmiral v. Tirpitz vorhin machte, hielt ich für notwendig, um schiefen Auffassungen über die Partei von vornherein vorzubeugen.“ Wir brauchen einen starken Frieden. Ihn zu sichern ist die DVP. gegründet.

Die drei Reden ergänzen das Programm der DVP. durch Nennung der Kriegsziele und kennzeichnen die Stellung der Partei zu den innerpolitischen Fragen, in Sonderheit zu der Wahlreform. Gerade diese Richtungsänderung gegenüber dem ersten Aufruf ist überall, wo man den Gang der Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgte, zur Kenntnis genommen worden. Zwei nationalliberale Abgeordnete brachten sie im Reichstag und Abgeordnetenhaus gelegentlich zur Sprache. Auch von der Fortschrittlichen Volkspartei kann ein Beispiel erwähnt werden, indem ein Abgeordneter bei einer Parteiversammlung von „Milderung oder Abschwächung“ des ersten Aufrufes der DVP. sprach. (Siehe unten Seite 112.) Der beabsichtigte Zweck war insoweit voll erreicht. Das hinderte aber nicht, daß sich Freisinn und Sozialdemokratie fortgesetzt und bis zum schließlichen Zusammenbruch über diese Erklärungen hinwegsetzten, weil ihnen ein Hauptagitationsstoff genommen worden wäre und sie die Mitglieder und Anhänger der DVP. nicht mehr als Feinde der „Neuorientierung“ hätten bezeichnen können.

Außer den genannten drei Herren traten noch folgende Redner auf:

1. Stadtdirektor Tramm, Hannover:
   Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die päpstliche Friedensnote.
2. Reichsrat v. Buhl, Deidesheim:
   Zustimmung und gute Wünsche aus Bayern.
3. Freiherr v. Wangenheim, Klein-Spiegel:
   Unsere Stellung zur Regierung.
4. Landtagsabgeordneter D. Traub, Dortmund:
   Der Geist des 4. August 1914.
5. Landtagsabgeordneter Scharnagl, München:
   Der deutsche Michel und der Seewind.
6. Ludwig Thoma, München:
   Der deutsche Siegeswille und die Presse.
7. Konsul Biedermann, Bremen:
   Die Machtstellung Deutschlands und der deutsche Handel.
8. Arbeitervertreter Jensen, Hamburg:
   Rückwirkung eines Erzberger- und Scheidemannfriedens auf die politische und sozialpolitische Lage des deutschen Arbeiters.
9. Professor Dr. Dülfer, Dresden:
   Organisation in Sachsen.

Besondere Erwähnung verdienen die Redner unter Nr. 3 und 8. Freiherr v. Wangenheim, Klein-Spiegel, sagte: „Nicht gegen die Regierung richtet sich die Arbeit der DVP., nein, wir wollen ihr im Innern dieselbe feste Stütze schaffen, die das Heer ihr im Kampf nach außen gibt, um den Sieg herbeizuführen, wirtschaftlich und militärisch, wie wir ihn gebrauchen."

Herr J. C. Jensen, Hamburg, redete als Vertreter des Hauptausschusses nationaler Arbeiter und Berufsverbände Deutschlands (mit 240 000 Mitgliedern) für die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie nicht „ihr alleiniges Heil in der Zertrümmerung der bestehenden staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihrem Vaterland erblickt". Er verwarf den Verzichtfrieden, da er für den Arbeiter unannehmbar wäre und forderte „Durchhalten, bis Deutschland in die Lage versetzt ist, einen Frieden abzuschließen, wie ein solcher im Interesse des deutschen Volkes und damit der sich zum deutschen Volk rechnenden Arbeiterschaft liegt".

Mit dieser ersten Kundgebung vom 24. September 1917 war die Öffentlichkeit über Zweck und Ziele der DVP. orientiert. Am 26. September 1917, zwei Tage später, trat der Reichstag wieder zusammen.

Am 1. Oktober 1917 erschien der Erlaß des preußischen Ministers des Innern Drews, der es für unerwünscht bezeichnete, wenn die Beamten seines Bereichs sich an der Agitation für die DVP. beteiligten. Auf den Erlaß und seine Wirkung kommen wir noch zurück (S. 88 ff.).

Die eifrige Werbearbeit der Partei und der große Zustrom zu derselben aus allen Schichten der Bevölkerung und allen politischen Parteien (am geringsten allerdings von der Sozialdemokratie) hatten eine Lage geschaffen, die zu den beiden sozialdemokratischen Interpellationen [1]) Antrick und Genossen betreffend „Agitation durch Vorgesetzte im Heer zugunsten alldeutscher Politik" und „Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch die stellvertretenden Generalkommandos" im Reichstag führte. Es handelte sich bei den Interpellationen, wie bei der Begründung ausdrücklich hervorgehoben wurde, um die neugegründete Vaterlands-Partei und ihre Stellung zu den höheren Militärbehörden. Die Besprechung hat am 6. und 9. Oktober 1917 stattgefunden. Als Gegner der DVP. traten auf: die Abgeordneten des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Auf die Seite der DVP. stellten sich die Konservativen, Deutsche Fraktion und Nationalliberale. Über die Stellungnahme dieser Reichstagsfraktionen im einzelnen siehe den Abschnitt: „Stellung zu den politischen Parteien".

Mit Rücksicht auf die genannten Reichstagsinterpellationen und im Hinblick auf die von Czernin am 2. Oktober 1917 in Budapest gehaltene, nur als neues Friedensangebot zu deutende Rede [2]) erließ der Vorstand der DVP. am 12. Oktober 1917 einen neuen Aufruf [3]):

> Während draußen im Felde sich Heldentum und Opfermut unserer Brüder in immer hellerem Glanze zeigen, während die militärische Ohnmacht unserer Feinde immer sichtbarer und nach zuverlässigen Nachrichten die Wirkung unserer U-Boote und Luftwaffen immer vernichtender wird, zeigt sich in den letzten politischen Erörterungen das traurigste Gegenbild.

---

[1]) R.-T., S. 3714 ff. — [2]) Helfferich a. a. O. 3, S. 178 f. — [3]) Nach dem Original.

In der Deutschen Vaterlands-Partei bricht sich eine gewaltige Volksbewegung Bahn, die hoch über allen inneren Gegensätzen die Fahne des Sieges als einigendes Symbol erhebt, die allem Unverstand und Zwietracht zum Trotz der Erkenntnis zum Durchbruch verhilft, daß es jetzt darauf ankommt, mit eiserner Zähigkeit einen Frieden zu erkämpfen, der unsere Zukunft wirklich sichert!

Die Furcht, daß sich diese Volksbewegung mit elementarer Kraft weiter entwickeln und politischen Parteien zum Schaden gereichen könnte, hat diese zu den äußersten Anstrengungen angespornt. Sie fühlen sich in ihrer erträumten Uebermacht gefährdet. Daher der Versuch, an der Hand mühsam gesuchter Einzelfälle die jetzt unser Volk ergreifende Bewegung als eine von oben eingeleitete und geförderte hinzustellen. Aus den eigenen Reihen dieser Parteien strömen ihre Mitglieder in hellen Scharen der Vaterlands-Partei zu und können beredtes Zeugnis dafür ablegen, daß die Vaterlands-Partei keinerlei innerpolitische Ziele verfolgt. Es ist unwahr, daß die Deutsche Vaterlands-Partei die Zeiten des Klassenkampfes wieder aufleben lassen und hierfür das Wort „vaterländisch" mißbrauchen will. Wir sind weder konservativ noch liberal, weder agrarisch noch schwerindustriell, weder Wehrverein noch alldeutsch:

Jeder, der helfen will, Deutschland zu erretten, ist uns willkommen!

Nein, wir sind eine Vaterlands-Partei, weil wir das höchste Interesse des Vaterlandes in dem Getümmel des inneren Streits wieder zu Ehren bringen und alle Deutsche einigen wollen auf das eine große Ziel: Den Sieg und den Frieden, den Deutschland für seine Entwicklung nach dem furchtbaren Aderlaß braucht.

Schon beginnt man im feindlichen Ausland ängstlich zu werden, daß die Hoffnung, durch deutschen Unverstand zu erreichen, was den Waffen versagt geblieben ist, am Ende doch noch zerflattert! Gegen englische Friedensfühler müssen wir hart sein, denn in absehbarer Zeit werden wir England ganz anders gegenüberstehen!

Schon spricht man von der Zersetzungspartei, die die Mehrheit des Reichstages zersetzen will. Ja, wir wollen aufdecken, daß die Mehrheit vom 19. Juli innerlich zerfallen ist, daß die Urheber des erneuten Friedensangebotes die irregeführte Gefolgschaft immer mehr verlieren.

Wir wollen zeigen, wo die wahre Mehrheit des deutschen Volkes steht! Wir wollen beweisen, daß nach drei Kriegsjahren im deutschen Volk die Entschlossenheit ungebrochen ist, sich den Frieden zu erkämpfen, den Deutschland

braucht! Die Deutsche Vaterlands-Partei wird jede Reichsleitung freudig unterstützen, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden Verzichtfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält!

Elsaß-Lothringens Zugehörigkeit zum Deutschen Reich ist keine Frage, sondern eine endgültig abgeschlossene Tatsache. Elsaß-Lothringen ist keine Kulisse, um hinter ihr die belgische Frage, die eine Lebensfrage für Deutschland ist, verschwinden zu lassen!

Deutsche Männer und deutsche Frauen, welchen Standes und welcher politischen Partei Ihr sein mögt, schart Euch einmütig in der Vaterlands-Partei zusammen! Deutsches Volk, laß dich in den großen Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen, nicht irre machen! Glaube an dich selbst und an Deutschlands Zukunft. Die Stimme des Gewissens muß dir sagen, welchen Weg du zu gehen hast!

Nach den früher gemachten Ausführungen kann es nicht wundernehmen, daß erneut betont wird, die DVP. verfolge keine innerpolitischen Ziele. Auch den Vorwurf, daß sie den „Klassenkampf" wieder aufnehmen lasse, lehnt sie ab. Das Spiel mit Elsaß-Lothringen wird zurückgewiesen.

Im Zusammenhang mit diesem Aufruf fand am 16. Oktober 1917 eine Sitzung [1]) des „engeren Ausschusses" statt, die sich nochmals mit den von Czernin am 2. Oktober 1917 vorgetragenen Friedensideen befaßte. Es wurde eine besondere Erklärung im Entwurf fertiggestellt, die unter Hinweis auf die militärische Lage mit einem starken Appell an erneute Widerstandskraft der Nerven jeden faulen Frieden ablehnt. Der Vorstand erhielt die Ermächtigung, die „Erklärung" in geeignetem Augenblick zu erlassen [2]) und nötigenfalls noch Änderungen vorzunehmen.

Zur Sprache gelangte, daß die Gegner der DVP. jede Kundgebung und Äußerung der Partei und ihrer Führer durch Umdrehungen und Mißdeutungen auszuschlachten suchen. So hatten Zentrumsblätter den Satz aus der Rede des Herzogs vom 24. September 1917 (siehe Seite 40) über die international beeinflußten Deutschen benutzt, um eine Stellungnahme gegen das Zentrum und den Katholizismus herauszulesen. Es wurde festgestellt, daß diese Auslegung völlig unbegründet sei.

Ferner wird betont, daß es im Interesse der Sache läge, alles zu vermeiden, was die DVP. als eine andere Form des Alldeutschen Verbandes erscheinen lassen könnte. Einstimmigkeit

---

[1]) Nach ungedrucktem Material. — [2]) Kam nicht zur Ausführung.

herrschte darüber, daß die Partei nicht Anlaß zur Auflösung anderer Organisationen, wie z. B. des „Unabhängigen Ausschusses" sein solle. Denn gerade von letzterem hatte die DVP. einen ungeheuren Nutzen insofern, als sie eine schon fertige Personalorganisation übernahm.

Die Verhältnisse gestalteten sich allmählich so, daß der „Unabhängige Ausschuß" sich durch aufmerksame Beobachtung der außenpolitischen Lage und Klärung der Kriegsziele beteiligte.

Der 31. Oktober 1917 brachte eine Mitteilung aus dem Kultusministerium, daß der Minister seinen Beamten keinerlei Weisungen über ihre Stellung zur DVP. erteilt habe (siehe Abschnitt „Stellung zur Regierung").

Am 10. November 1917 hielt Großadmiral v. Tirpitz eine Rede in einer Versammlung der DVP. in München. Der Hauptgedanke der Ausführungen war, daß nicht England, sondern Deutschland die Schutzmacht Belgiens in Zukunft bilden müsse.

Das erneute Zusammentreten des Reichstages am 29. November 1917 gab die Veranlassung, daß der „engere Ausschuß" zum 16. November 1917 zu einer Sitzung einberufen wurde. Es lag die Absicht vor, unter Hinweis auf die günstige militärische Lage und den sich wieder hebenden Siegeswillen den Reichstag zu veranlassen, von der Friedensresolution des Juli 1917 endgültig abzurücken. Die Eingabe wurde beraten und am 28. November 1917 dem Deutschen Reichstag zur Kenntnisnahme überreicht. Ihr Inhalt [1]) gipfelte in der Bitte, „die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 ein für allemal als durch die Ereignisse überholt zu behandeln und voll begründeter Zuversicht den festen Willen zu betätigen, einen Frieden zu erringen, der Deutschlands Lebensnotwendigkeiten sicherstellt." Am 30. November 1917 wurde der kriegsministerielle Erlaß vom 20. November 1917, durch den die DVP. als nicht-politischer Verein erklärt worden war, auf Drängen des Staatsministeriums zurückgenommen [2]). (Siehe Abschnitt „Stellung zur Regierung".)

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk gaben den Anstoß dazu, daß eine ganze Reihe von Landesvereinen an den Vorstand herantrat, um seitens der Partei eine Erklärung herbeizuführen, in welcher Verwahrung gegen den beschrittenen gefährlichen Weg eingelegt wird (Ende Dezember 1917 — Verschleppungsgefahr). Der Vorstand erließ daraufhin ein Rundschreiben vom 3. Januar

---

[1]) Nach dem Original. — [2]) Vgl. Mittlgn. Nr. 36, S. 1.

1918 an alle Landesvereine, worin er ihrer Auffassung zwar beitrat, aber doch die deutschen Notwendigkeiten im Osten im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens noch nicht für gefährdet erklärte. Trete aber in dem eingeschlagenen Verhandlungsverfahren eine Gefährdung deutscher Interessen ein, so sei er entschlossen, so viel an ihm liege, alles zu versuchen, um diese noch in letzter Stunde zu beschwören. Dies in Aussicht gestellte Eingreifen des Vorstandes erfolgte — allerdings unter veränderten Verhältnissen — am 5. Januar 1918 in Form einer Depesche an den Reichskanzler Graf Hertling. Dieser hatte dem am 4. Januar 1918 zusammengetretenen Hauptausschuß des Reichstages mitgeteilt, daß die Verlegung der Friedensverhandlungen nach Stockholm von den Mittelmächten abgelehnt würde. Mit bevollmächtigten Vertretern der Ukraine, die in Brest-Litowsk eingetroffen seien, würden die Verhandlungen sogleich aufgenommen. Daraufhin hatten sich auch die übrigen Russen zur Rückkehr nach Brest-Litowsk bereit erklärt. „Jetzt gibt sich die DVP. der Hoffnung hin, daß im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren der deutschen Unterhändler nunmehr im Geiste der von Euer Exzellenz abgegebenen Erklärung der Weg zu einer klaren zielbewußten Politik beschritten werden wird.“ Eine Politik, die Deutschland die erforderliche Machtstellung in der Welt erringt, werde die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes und die tatkräftige Unterstützung der DVP. hinter sich haben [1]).

Auch die Tagung des am 12. Januar 1918 zum erstenmal einberufenen Reichsausschusses stand unter dem Zeichen der Brester Verhandlungen. Zum Ausdruck kommt dies in der dort gefaßten Entschließung [2]). Nachdem festgestellt worden ist, daß der Gedanke der DVP. sich mehr und mehr durchsetzt, erklärt der Reichsausschuß, daß alle Bestrebungen zu bekämpfen wären, die in Verkennung unserer Lebensnotwendigkeiten die Grundsätze wieder beleben wollen, die bei Beginn der abgelaufenen zehntägigen Frist für einen allgemeinen Frieden aufgestellt worden waren (keine Annexionen, keine Entschädigungen). In einem Sicheinlassen auf Verhandlungen auf solcher Grundlage, womöglich unter Annahme eines uns England gegenüber lahmlegenden Waffenstillstandes, erblickt der Reichsausschuß die größte Gefahr für das Vaterland. Der Fortgang der Verhandlungen im Osten wird begrüßt. Unsere eigenen Interessen sind entschlossen

[1]) Mittlgn. Nr. 3, S. 1. — [2]) Mittlgn. Nr. 4, S. 1.

durchzusetzen, vor allem auf dem Gebiete der militärischen Sicherung. Hier darf nur die OHL. mitreden.

Im übrigen wurde vom Vorstande noch folgendes mitgeteilt[1]: Der innere Zersetzungsprozeß der Reichstagsmehrheit mache trotz dem äußeren Anschein der Geschlossenheit weitere Fortschritte, und speziell würde aus allen Teilen Deutschlands über Sonderkundgebungen von Zentrumsangehörigen für die DVP. berichtet. Aufgabe derselben bleibe es, in jedem kritischen Moment einzugreifen.

Der neugegründete „Volksbund für Freiheit und Vaterland" (siehe unten) nehme eine durchaus feindselige Haltung gegen die DVP. ein, Vorsicht sei am Platze.

Die Gelegenheit der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung benutzte der Vorstand zu einer Propaganda im großen Stile, indem am gleichen Tage an allen Orten, wo sich Organisationen der DVP. befanden, Versammlungen abgehalten werden sollten. Dieser Plan erfuhr insofern eine kleine Änderung, als die Versammlungen am 18. und 20. Januar 1918 stattfanden.

In Berlin wurde diese Kundgebung am 20. Januar 1918 in der Philharmonie veranstaltet. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge nahm daran teil. Zwei Säle wurden benutzt. Sieben Redner sprachen, darunter die Geheimräte Schäfer und von Wilamowitz-Möllendorf, sowie Großadmiral von Tirpitz. Die angenommene Entschließung lautete[2]:

> „Tausende von deutschen Männern und Frauen, unter ihnen zahlreiche Kriegsteilnehmer, in Berlin auf den Ruf der Deutschen Vaterlands-Partei versammelt, legen einmütig Zeugnis dafür ab, daß im deutschen Volke der feste Wille lebendig ist, in unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich, im felsenfesten Vertrauen zur Obersten Heeresleitung auszuharren bis zum zuversichtlich erwarteten endgültigen Siege. Ueber alle Nöte des Tages hinweg ringt sich im deutschen Volke immer mächtiger der Gedanke durch, daß uns aus allen Opfern an Blut und Gut ein Frieden erwachsen muß, der unsere weite Zukunft auf starke, in Ost und West gesicherte Grundlage stellt, — ein Friede, der erneute Versuche, den unbequemen Wettbewerber niederzuschlagen, für England gefährlich macht, der es zwingt, unsere Ebenbürtigkeit anzuerkennen, und der unserer Kultur und unserer schwer heimgesuchten Wirtschaft die Möglichkeit freier Entfaltung in der Welt sichert."

---

[1]) Nach ungedrucktem Material. — [2]) Mittlgn. Nr. 5, S. 2.

Zum Geburtstag des Kaisers sandte die DVP. ihre Glückwünsche. Am 29. Januar 1918 erfolgte die Kaiserliche Danksagung.

In der letzten Januarwoche 1918 brach in Wien und den österreichischen Industriegebieten eine Streikbewegung aus, die sich nach Berlin fortpflanzte. Hier setzte am 28. Januar ein Massenstreik ein. Eine verhältnismäßig geringe Zahl von Führern der Unabhängigen Sozialistischen Partei und der Spartakusgruppe hatte es verstanden, ca. 200 000 Arbeiter zu verhetzen und zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Am 4. Februar 1918 war der Streik im wesentlichen zu Ende. Diesen Vorgang nahm der Vorstand der DVP. zum Anlaß, mit einem Aufruf [1]) am 1. Februar 1918 vor die Öffentlichkeit zu treten, worin diese kriegsverlängernd wirkenden Gewissenlosigkeiten gebrandmarkt wurden. Gleichzeitig war hiermit der Anstoß gegeben, eine erhöhte Werbetätigkeit in den Arbeiterkreisen zu entfalten.

Bei Schwertfeger [2]) findet sich die Bemerkung: „Beim Besuche des Königs von Bayern beim Kaiser in Berlin wurde gleichfalls der Hauptteil der Schuld an den Streiks den ‚Treibereien der Vaterlands-Partei‘ zugeschrieben; so sei die ‚vom Auslande genährte Agitation auf gut vorbereiteten Boden gefallen‘. Der König von Bayern hatte den Versuchen, ihn ‚in die Richtung der Vaterlands-Partei zu drängen‘, widerstanden."

Die Vorwürfe, daß die Deutsche Vaterlands-Partei an den Streiks schuld sei, kamen vorwiegend von sozialdemokratischer Seite. Noch im Juni 1918 wurde im Abgeordnetenhaus als Grund für die Streiks „Reizung durch die DVP." angegeben. Dagegen wurde von anderer Seite sofort geltend gemacht, daß schon im Frühjahr 1917 ein Streik eingetreten sei, als die DVP. noch gar nicht bestand [3]).

Am 9. März 1918 fand wiederum eine Sitzung des „engeren Ausschusses" statt. Im Anschluß an den Brester Frieden schickte die DVP. ein Glückwunschtelegramm am genannten Tage an den Kaiser und trat mit einem Aufruf [4]) vor die Öffentlichkeit. In dem Aufruf wurde betont, daß, wie der Brester Friede zeige, ein kräftiger auf das Endziel gerichteter Wille den Krieg verkürze, daß aber jede Äußerung, die den Feinden einen Zweifel Deutschlands am endlichen Sieg erkennbar mache, den Krieg verlängere.

[1]) Mittlgn. Nr. 5, S. 4. — [2]) Ursachen des Zusammenbruchs 2, S. 115 (Bericht Grünaus ans Ausw. Amt, Gr. H.-Qu. Kreuznach, 6. Febr. 1918). — [3]) A.-H., Sp. 11 042. — [4]) Mittlgn. Nr. 9, S. 1.

In breiterer Ausführung wird davor gewarnt, sich von England in etwaigen Verhandlungen überlisten zu lassen und das deutsche Volk aufgefordert, fest hinter dem Kaiser und der OHL. zu stehen.

Am 19. April 1918 fand der zweite Parteitag[1]) der DVP. in Berlin statt. Er wurde eingeleitet durch den Bericht des ersten Vorsitzenden über die politische Lage. Seit dem 24. September 1917, dem ersten Parteitag, habe sich eine große Wendung in der Lage vollzogen. Sie enthalte eine nachträgliche Rechtfertigung für die Notwendigkeit der Gründung der DVP. Wenn auch damals die militärische Lage nicht ungünstig war, so hatten doch die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten ein Versagen der Nerven in weiten Volkskreisen zur Folge. Den Mangel an politischem Willen zum Sieg, der fühlbar geworden war, hat die DVP. durch ihr Auftreten beseitigt. Man kann den Zusammenbruch der Richtung des Verzichtes jetzt als Tatsache bezeichnen. Im Herbst 1917 handelte es sich um Sammlung aller Volksangehörigen, die an den Sieg glaubten auf breiter Grundlage; deshalb genügten die vorhandenen nationalen Vereinigungen nicht mehr. Unser Fernbleiben von der inneren Politik war das Mittel, Vertreter aller politischen Parteien in der DVP. zu sammeln. Das ist gelungen. Hinsichtlich der Kriegsziele haben wir uns nicht zu sehr in die Einzelheiten vertieft. Unsere Taktik hat sich in bezug auf den Ostfrieden bewährt.

Welches sind die heutigen Aufgaben der DVP.? Die schließliche Entscheidung wird im Westen fallen. Der Engländer, unser Hauptfeind, setzt seine Hoffnung auf seine Zähigkeit und politische Gewandtheit. Jeder Brite, vom Höchsten bis zum Geringsten, weiß genau, um was es sich handelt. Das ist in Deutschland immer noch zu wenig der Fall. Daher ist dauernde Aufklärung durch die DVP. nötig, damit alle begreifen, daß das Kriegsende darüber entscheidet, ob die große Masse des Volkes neu aufblüht oder materieller Verelendung verfällt. Die Aufgabe der DVP. ist noch nicht erfüllt. Der zurzeit am Boden liegende Verzichtler kann sich wieder erheben und die Gefahr besteht, daß sich Deutschland, auch wenn es den Sieg hat, bei den folgenden Verhandlungen von dem Feinde überlisten läßt. Um den Wünschen der Landesvereine gerecht zu werden, hat der Vorstand sich in einer vorbereiteten Entschließung auch über die Kriegsziele ausgesprochen.

[1]) Mittlgn. Nr. 12, S. 1 ff.

Es folgte eine längere Aussprache, an der sich eine große Zahl von Rednern beteiligte. Die vom Vorstand vorbereitete Entschließung wurde hinsichtlich der Kriegsziele erweitert und alsdann ohne Besprechung einstimmig angenommen [1]).

Am Nachmittag erfolgte die Beratung der Satzungsänderungen. In diesem Zusammenhang ist folgendes zu erwähnen: Im § 2 Absatz 1 wurde das Wort „Volkspartei" durch „Volksbund" ersetzt, so daß der Satz lautete: „Die DVP. will ein großer, auf weiteste vaterländische Kreise gestützter Volksbund sein [2])." — Eine längere Debatte entstand über den § 3, welcher die Stellung der Partei zur inneren Politik betrifft. Schließlich gelangte folgender Wortlaut zur Annahme: „Die DVP. befaßt sich nicht mit Fragen der inneren Politik [2])."

Der Parteitag wurde durch eine kurze Ansprache des Geheimen Oberregierungsrats Dr. Kapp geschlossen. Er wies ebenso wie der erste Vorsitzende zu Beginn der Sitzung darauf hin, daß ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten sei, daß die Anfeindungen, die gegen die DVP. gerichtet sind, zwar nach wie vor bestünden, „daß aber doch in der Beurteilung der Ziele und der Notwendigkeit der DVP. ein gänzlich anderer Wind weht." Die wesentliche Verbesserung der Kriegslage durch die Frühjahrsoffensive kommt hier bestimmend mit in Betracht.

Ende Mai bis Anfang Juni 1918 stattete der Großadmiral v. Tirpitz dem Rheinland [3]) einen Besuch ab und hat dabei Gelegenheit genommen, in einer Reihe glänzend verlaufener Versammlungen in Düsseldorf, Köln, Aachen, Krefeld, Mülheim a. Rh. vor den Mitgliedern der DVP. zu sprechen [4]). An der Front hatten sich bis Anfang Juni wichtige Ereignisse abgespielt. Im Westen führte die Offensive bis zur Erstürmung des Kemmel südlich Ypern; über den Chemin des dames wurde die Stellung bis Chateau-Thierry vorgeschoben. Im Osten wollte der Brotfriede mit der Ukraine die an diesen Namen geknüpften Hoffnungen nicht erfüllen. Der Friede mit Rumänien war abgeschlossen. In einer für den 9. Juni 1918 einberufenen Vorstandssitzung [5]) erstattete der Hauptgeschäftsführer, Konrad Scherer, den Geschäftsbericht und sprach ausführlich über die Organisation der Hauptgeschäfts-

---

[1]) Mittlgn. Nr. 12, S. 7. — [2]) Nach dem Original. — [3]) Mittlgn. Nr. 17, S. 1 ff. — [4]) Außer den im Text erwähnten Vortragsreisen des Großadmirals sind noch folgende zu nennen: 20. November 1917 Dresden, 30. November 1917 Essen, 14. Dezember 1917 Hamburg, 17. Februar 1918 Mannheim, 3. April 1918 Hannover. — [5]) Mittlgn. Nr. 18, S. 1 f.

stelle. Den Bericht über die politische Lage gab der Leiter der Presseabteilung, Dr. Klemens Klein. Hier bot sich Gelegenheit, auf den Bukarester Frieden einzugehen. Eine Entschließung [1]) vom 9. Juni 1918 brachte die Stellung der DVP. in scharfer Kritik zum Ausdruck. Es heißt darin, weiteste Volkskreise hielten den Frieden von Bukarest vom deutschen Standpunkt aus für nicht genügend. Das Verbleiben des bisherigen Herrschers sei bedenklich. Die wirtschaftlichen Sicherungen Deutschlands seien kein hinreichender Ersatz für die preisgegebene Kriegsentschädigung. Für die allein im Westen liegende Entscheidung habe Deutschland nunmehr volle Handlungsfreiheit. Wir müssen „unsere ganze politische Kraft nach dieser Front versammeln und bei Friedensverhandlungen unsere Lebensnotwendigkeiten voll durchsetzen."

Am 17. Juni 1918 tagte eine große vom „Landesverein Pommern" veranstaltete Versammlung der DVP., an welcher Großadmiral v. Tirpitz teilnahm und eine Rede hielt.

Am 24. Juni 1918 hatte der Staatssekretär von Kühlmann im Reichstag die Worte gesprochen über die Unmöglichkeit der rein militärischen Beendigung des Krieges. Die DVP. erblickte hierin insofern eine Gefahr für die Volksstimmung, als an der siegreichen Durchführung des Krieges Zweifel möglich seien und erließ am 25. Juni 1918 eine Entschließung [2]):

> Die Deutsche Vaterlands-Partei legt Verwahrung ein gegen die Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann im Reichstag, die dahin ausgelegt werden mußten, daß an einer siegreichen Durchführung des Krieges durch den Erfolg unserer Waffen Zweifel möglich seien. Solche Zweifel sind unvereinbar mit der wiederholt von Seiner Majestät dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung kundgegebenen Gewißheit des Sieges, einer Gewißheit, die auf Tatsachen fest gegründet ist. Die Deutsche Vaterlands-Partei hält die politische Auffassung, die in der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann zutage getreten ist, für verhängnisvoll und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß sie im scharfen Gegensatz zu dem unbeirrten Siegeswillen der großen Mehrheit des Volkes steht, das nicht ruhen wird, bevor der Bund seiner Gegner durch das deutsche Schwert zum Nachgeben gezwungen wird und die deutschen Notwendigkeiten anerkennt.

Der Vorstand gelangte Anfang Juli zu der Auffassung, daß es die Stimmung im Lande erfordere, in der nächsten Zeit mit scharf und klar umrissenen Friedenszielen herauszutreten. Prof. Dietrich Schäfer sagte einen entsprechenden Entwurf zu.

---

[1]) Mittlgn. Nr. 18, S. 2. — [2]) Mittlgn. Nr. 20, S. 1.

Im Reichstag hatte der Reichskanzler Graf Hertling im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Abgang Kühlmanns sich unter anderem für Wiederherstellung Belgiens ausgesprochen. Stellungnahme seitens der DVP. schien geboten. Die Einberufung des Gesamtvorstandes hätte ein wirksames Vorgehen bedenklich verzögert. Daher ist die Entschließung vom 14. Juli 1918 nur von den Berliner Mitgliedern des Vorstandes beraten und einstimmig gutgeheißen worden[1]):

Entschließung.

Die Reichsleitung hat auf parlamentarisches Drängen Erklärungen über die belgische Frage abgegeben. Die Deutsche Vaterlands-Partei lehnt es ab, sich an Versuchen zu beteiligen, aus diesen Erklärungen diesen oder jenen Sinn herauszulesen. Für sie ist Belgien nicht nur ein Faustpfand. Zur Sicherung eines dauerhaften Friedens muß wirkliche deutsche Macht in Belgien die Wirtschaft des Landes vor anglo-amerikanischer Ausbeutung, die Flamen vor Französierung, deutsches Land und deutschen Gewerbefleiß vor den Verwüstungen eines zukünftigen Krieges und nicht zuletzt die Meere vor englischer Tyrannei bewahren. Wir wollen keine Annexionen! Wir wollen ein freies Flandern und eine wirkliche Sicherstellung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Die Deutsche Vaterlands-Partei wird mit verdoppelter Kraft für diese Ziele eintreten und fordert ihre Freunde zu nachdrücklichster Mitarbeit auf.

Nach Ansicht des Vorstandes hatte der Reichskanzler auf parlamentarischen Druck hin gehandelt, und waren bei einer tatsächlichen Durchführung der vom Kanzler aufgestellten Richtlinien immerhin noch Modifikationen möglich. Es konnte nur Aufgabe der DVP. sein, auf allen ihr zu Gebote stehenden Wegen in der Öffentlichkeit und an den maßgebenden Stellen für die von ihr vertretene Auffassung einzutreten. Die Angelegenheit sollte auch in der Presse behandelt werden. Es geschah unter anderem in den „Mitteilungen" Nr. 22 (20. Juli 1918) und Nr. 23 (27. Juli 1918).

In Schwerin hat am 31. Juli 1918 der erweiterte Vorstand eine Sitzung abgehalten, zu welcher der Ehrenvorsitzende Herzog Johann Albrecht erschienen war. Es handelte sich um eine eingehende Aussprache über die politische Lage. Die herrschende Auffassung fand ihren Niederschlag in nachstehender Entschließung[2]):

---

[1]) Mittlgn. Nr. 22, S. 1. — [2]) Mittlgn. Nr. 25, S. 4.

Die deutsche Friedenshand ist kürzlich als der Spucknapf der Entente bezeichnet worden. Mit Beschämung müssen wir die Wahrheit dieses Ausspruches eingestehen. Unsere Friedensliebe begegnet bei unseren Gegnern dauernder hohnvoller Zurückweisung. Bei unseren Feinden sind sich arm und reich, hoch und niedrig, Presse und Parlament in dem Kriegsziel einig, Deutschlands zähe Arbeitskraft, seine sittlichen und wirtschaftlichen Werte sich bis zum äußersten dienstbar zu machen. Sklaventum, das soll nach englisch-amerikanischem Willen unser und unserer Nachwelt Schicksal sein. Deshalb kann Deutschland nicht mit der Parlamentärflagge des Friedensbitters, sondern nur gestützt auf den Endsieg seines bewährten Volksheeres mit wehenden Fahnen zu den Friedensverhandlungen schreiten. Unsere Wehrmacht ist die einzige Sicherheit für einen deutschen Frieden. Angesichts dieser erhebenden Tatsache, eingedenk der Seelengröße unseres Volkes am 2. August 1914 und all der gewaltigen Opfer an Gut und Blut wollen und müssen wir weiter ausharren, Schulter an Schulter, Heimat und Heer, bis nach dem Siege die Stunde der Erlösung schlägt. Das walte Gott!

Eine Kundgebung zum 1. August 1918, zum Eintritt in das fünfte Kriegsjahr, brachten die „Mitteilungen“ [1]) vom 10. August 1918:

Vier Kriegsjahre, von denen kein Tag ohne blutigen Kampf war, sind vergangen. In dem beispiellosen Ringen mit dem mächtigsten Staatenbunde, den die Geschichte sah, hat das deutsche Volk mit dem Schwerte obgesiegt. Die russische Weltmacht ist zusammengebrochen, die kleinen Vasallen der feindlichen Großmächte sind unschädlich gemacht, im Westen stehen wir tief in Feindesland, und unsere großen Heerführer bereiten die Entscheidung vor. Trotz dieser durch die deutschen Siege geschaffenen Lage verlängern unsere Feinde den Krieg. Sie hoffen, ihr Ziel, die Vernichtung der deutschen Zukunft auf der ganzen Erde, durch die Zermürbung des Siegeswillens im deutschen Volke zu erreichen. Das soll und wird ihnen nicht gelingen. Die Deutsche Vaterlands-Partei hat immer wieder den Blick unseres Volkes auf die Hauptgefahr, den angelsächsischen Vernichtungswillen, und auf das Hauptziel: den deutschen Sieg und einen starken deutschen Frieden gerichtet. Unsere Feinde haben alles auf das Schwert gestellt. So muß das Schwert entscheiden. Dieser Kampf um Sein oder Nichtsein darf nicht enden, ohne daß wir der angelsächsischen Weltmacht gegenüber in derjenigen Machtstellung dastehen, die allein unseren Kindern und Kindeskindern die Zukunft sichern kann. Wir haben vom guten Willen unserer Gegner nichts zu erwarten. Dasein, Wohlfahrt, Ehre unseres Volkes hängen ab von der politischen, militärischen Sicherung, die wir uns erzwingen.

---

[1]) Mittlgn. Nr. 25, S. 1.

Inzwischen waren an der Westfront folgenschwere Veränderungen vorgegangen. Die Marneoffensive war Mitte Juli 1918 mißglückt; darüber konnte kein Zweifel sein. Am 18. Juli eröffnete Foch aus dem Waldgelände von Villers-Cotterets heraus zwischen Aisne und Marne die gewaltige Gegenoffensive. Sie bewirkte die Rückverlegung der deutschen Front an die Vesle, die Aufgabe von Soissons. Am 8. August 1918 begann die Offensive der Engländer beiderseits der Somme, eingeleitet durch einen massierten Tankangriff.

Gleich am ersten Tage entstand eine klaffende Lücke. Dieser 8. August 1918 war der „entscheidende Wendepunkt in der Kriegslage" [1]. Es zeigte sich bald, daß die Truppe versagt hatte. „Kein Zweifel, der letzte Ersatz lief scharenweise über [2]." Bis Anfang September waren die deutschen Heere in die Siegfriedstellung zurückgegangen. Diese Lage war in der Heimat nicht in vollem Umfang bekannt.

Auf den 1. September 1918 hatte man eine Vorstandssitzung [3] in Berlin anberaumt. Großadmiral v. Tirpitz war am Erscheinen verhindert. Vor rund einem Jahre war die DVP. gegründet worden. Es lag daher nahe, an diesen Vorgang anzuknüpfen, wie es auch in der gefaßten Entschließung geschah. Weiter wurde in derselben der Ernst der Lage betont. Der Schlußsatz lautete: „Der Glaube an sich selbst wird das deutsche Volk vorwärts tragen bis zum Siege!"

Inzwischen hatten die Angriffsbewegungen der Entente die deutschen Heere auf der Westfront weiter zurückgedrängt. Am 12. September 1918 begann eine Offensive der Amerikaner bei St. Mihiel. Am 14. September 1918 ging die österreichische Note in die Welt, die allen Kriegführenden den Vorschlag machte, zu unverbindlicher Besprechung über den Frieden zusammenzutreten. Am 15. September 1918 riß die macedonische Front; die einheimischen Truppen leisteten wenig oder keinen Widerstand. Mit starken Kräften ging der Feind zum Angriff über.

Die Vorstandssitzung vom 22. September 1918 trug der Lage Rechnung. Der Vorstand beschloß einstimmig, seiner Auffassung über den gegenwärtigen Zustand in Deutschland in Form eines Telegramms an den Kaiser sowie in einem daran anschließenden öffentlichen Aufruf Ausdruck zu geben. Er war sich der Zu-

---

[1]) Bauer a. a. O., S. 210. — [2]) Ebenda, S. 198. — [3]) Mittlgn. Nr. 29, S. 1 f.

stimmung aller Mitglieder der DVP. gewiß. Um dies auch äußerlich zu bekunden, hielt er es für erwünscht, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, die sich zu der Kundgebung bekennen. Es wurde betont, daß es der Vorstand begrüßen würde, wenn auch möglichst viele andere gleichgesinnte Männer und Frauen ihre Zustimmung durch Unterschrift bekundeten. In dem an die Landesvereine erlassenen Rundschreiben wurde weiteste Verbreitung der Kundgebung für erforderlich bezeichnet. Telegramm [1]) und Aufruf sind vom 24. September 1918 datiert, dem Jahrestag der ersten öffentlichen Kundgebung der Partei. Der Aufruf lautete:

> In ernster Stunde wenden wir uns an unsere Volksgenossen. Die wirkliche Gefahr liegt nicht auf dem Schlachtfelde, sie liegt in der Heimat. Die Schwäche unserer politischen Haltung ermutigt den Feind. Wir gleiten auf schiefer Ebene. Wie räumen ohne Not und ohne Gegenleistung eine politische Stellung nach der anderen, mit der einzigen Wirkung, daß der Feind seine Ansprüche dauernd steigert. Reden aus verantwortlichem und unverantwortlichem Munde mußten unseren Feind mit Genugtuung erfüllen, wieviel er schon erreicht hat. Das feindliche Friedensprogramm ist und bleibt die Unterjochung Deutschlands. Die Demokratien der Feinde haben ihre Kriegsdiktatoren gewählt, wir zersplittern unsere Kraft in Mehrheitskämpfen. So siegt der Feind, ehe er uns auch nur von ferne besiegt hat.
>
> Die Deutsche Vaterlands-Partei hatte recht, wenn sie stets England als unseren unerbittlichen Feind beurteilte. Sie hatte recht, als sie den rumänischen Friedensschluß scharf kritisierte. Sie hatte recht, als sie die Versammlung unserer gesamten Volkskraft auf das eine Ziel: die Erkämpfung des Sieges forderte. Sie hatte recht in der Beurteilung der Denkungsweise unserer Feinde. Sie hatte daher auch recht, als sie vor pazifizistischen Truggebilden warnte, weil diese doch nicht zum Frieden führen konnten. Darum ist sie auch vom Feinde am besten gehaßt. Das ist ihr Stolz.
>
> Was gilt es heute? Es gilt im Ernst der Stunde die ganze Kraft, den ganzen Willen des deutschen Volkes zusammenzureißen. Einigkeit im Siegeswillen! Einzelschicksale müssen zurücktreten, wo das Volksschicksal zur Entscheidung steht. Die Folgen eines verlorenen Krieges sind für Deutschland und jeden Deutschen furchtbarer als jede Vorstellung.
>
> Wir sagen darum vor allem: Keine Einmischung unserer Feinde in den Ostfrieden! Treue den Flamen! Volle Kolonial-

[1]) Mittlgn. Nr. 32, S. 1. Das Telegramm beginnt mit dem Dank für die Worte an die Kruppschen Arbeiter, kennzeichnet die Lage und bezeichnet geschlossene Einheit im Siegeswillen als einzige Rettung.

und Seegeltung! Volle Wiederherstellung ungehinderten Waren- und Rohstoffverkehrs! Das Land unserer Bundesgenossen ebenso unversehrt und gesichert wie unser eigenes! Erleichterung unserer finanziellen Kriegslast!

Fest im Glauben an unsere Kraft! Ungebeugt und hart! — Das ist unsere Losung. Frankreich darf uns in seiner tapferen Haltung nicht beschämen. Jeder, dem die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, möge darum die Zustimmung zu dem Telegramm an unseren Kaiser durch seine Unterschrift bezeugen.

Wir bitten alle, Männer und Frauen, Listen zur Sammlung von Unterschriften in Umlauf zu setzen und bis zum 1. November 1918 an die Deutsche Vaterlands-Partei, Berlin W 9, Schellingstraße 1, zu senden. Alle durch Aushang dieses Aufrufs kenntlich gemachten Sammelstellen und alle Ortsgruppen der Deutschen Vaterlands-Partei nehmen mündliche und schriftliche Meldungen zur Unterschrift des Telegramms entgegen.

Wie sich aus den Motiven [1]), die der Kundgebung zugrunde liegen, ergibt, sollte darauf hingewiesen werden, daß es vor allen Dingen auf eine energische Zusammenfassung unserer Kräfte und unserer Leitung ankäme. Da die DVP. in der Heimat trotz ihren reinen Bestrebungen unaufhörlich angegriffen wurde, so sollten diese Angriffe bis zu einem gewissen Grade abgewehrt werden. Schließlich sind die Kriegsziele, wenn auch der augenblicklichen Lage entsprechend, angegeben. Auch der Regierung war eine starke Betonung der Kriegsziele erwünscht. Eine Tagung des Reichsausschusses wurde auf den 20. Oktober 1918 angesetzt. Am 30. September 1918 [2]) erfolgte der Rücktritt des Reichskanzlers Graf Hertling und Veröffentlichung eines kaiserlichen Erlasses betreffs Demokratisierung. Am 3. Oktober 1918 hatte das Deutsche Reich den Prinzen Max von Baden als Reichskanzler. In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 [3]) ging an die Schweizer Regierung die Bitte, den Präsidenten Wilson zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Einleitung der Friedensverhandlungen zu ersuchen. Am 5. Oktober 1918 hatte der neue Reichskanzler seine Programmrede im Reichstag gehalten und nach der Feststellung, daß unsere Front ungebrochen sei, gesagt [4]): „Ich kenne die Kräfte, die noch in unserem Volke vorhanden sind und die wir nur aufzurufen brauchen, um einen geschlossenen Widerstand zu erzeugen.“ Damit hatte er auf die Möglichkeit eines Endkampfes hingewiesen.

[1]) Nach ungedrucktem Material. — [2]) Helfferich a. a. O. 3, S. 527. — [3]) Ebenda S. 537. — [4]) Mittlgn. Nr. 36, S. 2.

Am 6. Oktober 1918 wurde eine Vorstandssitzung abgehalten und die nachstehende Kundgebung [1]) beschlossen:

> Die Deutsche Vaterlands-Partei erblickt in der Verhandlungsgrundlage, die die Regierung anzunehmen sich bereit erklärt hat, das notwendige Ergebnis einer schwachen und ziellosen politischen Leitung seit Beginn des Krieges. Die Deutsche Vaterlands-Partei hat seit ihrem Bestehen diese Politik auf das lebhafteste bekämpft, leider ohne Erfolg!
>
> Jetzt sehen wir uns einem Schritte gegenüber, den wir als Tatsache hinnehmen müssen und nicht mehr ändern können. Wir halten es aber für unsere Pflicht, schon jetzt auf die furchtbare Gefahr hinzuweisen, in die wir uns begeben würden, wenn wir durch einen Waffenstillstand England und den übrigen Feinden die ersehnte Möglichkeit geben, sich neu zu versorgen, und uns so wehrlos machen würden, bevor wenigstens eine Grundlage der Verhandlungen festgelegt ist, die Ehre, Bestand und Zukunft des deutschen Volkes wahrt.
>
> Uns aber und allen Gesinnungsgenossen erwächst die heilige Pflicht, mit äußerster Kraft alles zu tun, um das deutsche Volk zur Erkenntnis der ihm drohenden Gefahren zu bringen und wenn nötig, zur höchsten Widerstandskraft gegen unsere Feinde anzuspornen. Nur dann, nur, wenn unsere Feinde eine solche Gesinnung im deutschen Volke erkennen, kann es noch gelingen, statt einer schmachvollen, unsere Zukunft zertrümmernden Unterwerfung einen ehrenvollen Frieden zu erreichen.

Diese Kundgebung wurde verschieden beurteilt.

Der Großadmiral v. Tirpitz hat sich einige Tage später (am 20. Oktober 1918) über ihre Entstehungsgeschichte [2]) ausgesprochen. Eine Anklage gegen die damalige Regierung wäre damit nicht beabsichtigt; vielmehr sei gesagt worden, daß diese vor einem bestimmten Ergebnis stünde, das nicht durch sie veranlaßt sei, daß die DVP. aber die Methode, die während des Krieges verfolgt worden wäre, nicht für richtig gehalten habe. Das auszusprechen wäre nötig gewesen, da überall erklärt worden sei, die DVP. sei schuld an der Verlängerung des Krieges und an der ganzen Situation, und der Vorstand habe das Recht und die Pflicht für alle, die in der DVP. mitgearbeitet haben, diesen Vorwurf abzulehnen. Was der Vorstand für falsch gehalten habe, sei das Prinzip der permanenten Entschuldigung überall. In der Kundgebung ist auch gesagt, daß die DVP. die Konsequenzen der geübten politischen Methode hinnimmt und selbstverständlich beabsichtigt, sich für alle

---

[1]) Korresp. Nr. 21. — [2]) Mittlgn. Nr. 36, S. 2.

nationalen Aufgaben, insbesondere für die nationale Verteidigung, hinter die Regierung zu stellen.

Zum 10. Oktober 1918 lud der preußische Kultusminister Schmidt-Ott, im Sinne des Reichskanzlers, Vertreter der Sozialdemokratie, des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der DVP. und des Unabhängigen Ausschusses, im ganzen zwölf Herren, zu einer Aussprache über die Durchführung einer Nationalverteidigung ein. Außer Tirpitz und Dietrich Schäfer nahm z. B. auch Legien, der Führer der Gewerkschaften, an der Besprechung teil. Dietrich Schäfer sagt darüber [1]): „Ein Ergebnis ward nicht erzielt. Es wurde vielmehr völlig klar, daß die eine Hälfte der Versammelten gar nicht mehr an eine Nationalverteidigung dachte, sondern bereit war, auf jeden Frieden einzugehen . . .“

Am gleichen Tage hatte der Großadmiral dem in Königsberg tagenden Landesverein Ostpreußen ein Telegramm [2]) geschickt, das mit den Worten schloß: „Unser Bund, der alle Parteirichtungen umfaßt, handelt auch in dieser ernsten Stunde nur konsequent, wenn er jede Regierung, welche die nationale Verteidigung leitet, in dieser vornehmsten Aufgabe mit allen Kräften unterstützt.“

Eine am 13. Oktober 1918 an den Prinzen Max von Baden gesandte, vom Vorstand einstimmig gebilligte Depesche hatte folgenden Wortlaut [3]):

> Ew. Großh. Hoheit haben in dem von uns durchaus geteilten Wunsche, dem furchtbaren Kriege ein Ende zu setzen, auf die Rückfrage des Präsidenten Wilsons eine Antwort voll außerordentlichen Entgegenkommens ergehen lassen. Damit ist eine Bahn betreten, die die deutsche Regierung vor Entschlüsse von ungeheurer Tragweite stellt. Ew. Großh. Hoheit dürfen überzeugt sein, daß wir die schwere Verantwortung der Regierung und den Ernst unserer Lage in vollem Umfange erkennen und würdigen. Für die große Aufgabe, dem deutschen Volke einen Frieden in Ehren zu erringen, stellt sich die Deutsche Vaterlands-Partei hinter die Reichsregierung.
>
> Wir möchten aber diese ernste Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne der festen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß, falls das Entgegenkommen der deutschen Regierung durch unsere Feinde keine Würdigung findet und Forderungen an uns gestellt werden, die Ehre und unversehrten Bestand des Deutschen Reiches in Frage stellen, dann die Regierung in diesem Falle entschlossen

[1]) Dietrich Schäfer, Mein Leben, S. 226 f. — [2]) Mittlgn. Nr. 34, S. 1. — [3]) Ebenda Nr. 35, S. 1.

und zuversichtlich das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufrufen, alle militärischen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte auf die Beschirmung unserer Grenzen und den Seekrieg vereinigen und im Vertrauen auf diese starke Macht ein Ende in Ehren erstreiten wird. Das einige deutsche Volk wird dann eine Widerstandskraft entwickeln, an der der Ansturm der Feinde zerschellen wird.

Am 17. Oktober 1918, als die Entscheidung über die Antwort auf die erste Wilsonnote fallen sollte, teilte Großadmiral v. Tirpitz dem Reichskanzler Max von Baden schriftlich seine Ansicht mit. Das Schreiben enthielt u. a. folgende Gedanken[1]):

Unsere gegenüber England und Amerika angewandte politische Methode ist falsch. Das mit Klugheit und Konsequenz verfolgte Ziel der Anglo-Amerikaner ist die Vernichtung Deutschlands. Nur durch Kraft und besonders Haltung konnten wir bei ihnen den Eindruck erwecken, das Geschäft rentiere sich nicht, und konnten damit leidliche Bedingungen erzielen. Die wiederholten Friedensangebote waren Methodenfehler.

Auf unser letztes Waffenstillstands- und Friedensangebot antwortete Wilson mit dem Verlangen unserer völligen Wehrlosmachung. Die Forderung der Einstellung des U-Bootkrieges ist der Kern der Note. Ein Irrtum ist es, zu glauben, daß uns solche Waffenstillstandsbedingungen gestellt werden würden, welche die Möglichkeit enthielten, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen unser Heer und unsere Grenzen in Verteidigungszustand zu setzen. „Aufruf des ganzen Volkes zur entschlossensten Verteidigung unserer Ehre und unserer Lebensmöglichkeiten!“ Die Front kann nicht mehr standhalten, wenn sie sieht, daß die Heimat alles aufgibt. Sofortige Verstärkung der Westfront mit allen Kräften, Aufrechterhaltung der Ordnung in der Heimat, Fortsetzung des U-Bootkrieges, Stärkung der moralischen Qualität der Truppe mit allen Mitteln!

In der Vorstandssitzung am 19. Oktober 1918 wurde eine Entschließung beraten, die am folgenden Tage dem Reichsausschuß vorgelegt werden sollte. Sie war als ein Übergangsschritt gedacht für den Moment, dessen Kommen man erwartete, daß Deutschland nämlich in einen Endkampf eintreten werde. Am 20. Oktober 1918 versammelte sich der Reichsausschuß zur Sitzung in Berlin. Der Großadmiral gab eine Übersicht über die stürmischen Ereignisse der letzten Tage; im Zusammenhang damit erörterte er die

---

[1]) v. Tirpitz a. a. O., S. 290 ff im Wortlaut.

Gründe, welche die volle Erreichung des Zieles der DVP. unmöglich gemacht hatten: Widerstand der Regierung, maßlose Verleumdungen wegen des Nichteingehens auf innerpolitische Ziele; dann besprach er die Versuche, DVP. und Volksbund zu vereinigen. Die vorgelegte, am 19. Oktober 1918 im Vorstand beratene Entschließung löste eine längere Debatte aus. Schließlich einigte man sich auf folgenden Wortlaut [1]):

> In dem Augenblick, in dem die deutsche Regierung ihre Antwort auf die letzte Note Wilsons ergehen lassen will, ist aus ganz Deutschland der Reichsausschuß der Deutschen Vaterlands-Partei zusammengetreten.
>
> Unserem Heer und unserer Flotte sagen wir Dank für ihren unvergleichlichen Opfermut.
>
> Aus der klaren Erkenntnis der furchtbaren Aussichten, die sich für die deutsche Zukunft bei einem Frieden eröffnen würden, wie ihn die Entente erstrebt, in der festen Ueberzeugung zugleich von den gewaltigen Kräften, die noch in unserem Volke schlummern, gibt der Reichsausschuß der Zuversicht Ausdruck:
>
> Daß das deutsche Volk, sobald die Regierung den Ruf zur nationalen Verteidigung erläßt, sein Letztes einsetzen wird für des deutschen Vaterlandes Ehre, Bestand und Zukunft.

Die Erörterungen der künftigen Aufgaben der DVP. wurde durch eine Rede des Landtagsabgeordneten D. Traub eingeleitet. Der führende Gedanke war: Wir müssen mit jedem gehen, der die nationale Verteidigung des Vaterlandes mit Ernst erstrebt und diesen Entschluß nicht mit irgendwelchen Rücksichten der inneren Politik verkoppelt [2]).

Am 30. Oktober 1918 schrieb Tirpitz als Vorsitzender der DVP. nochmals an den Reichskanzler und führte aus [3]), daß Deutschland nur dann erträgliche Bedingungen erhalten könne, wenn es die feindlichen Forderungen für unannehmbar erkläre und den Kampf weiterführe.

Zur nationalen Verteidigung kam es nicht mehr. Der 9. November 1918 brachte die Revolution.

Der Abbau der DVP. begann.

Die für Sonntag, den 10. November 1918, anberaumte Vorstandssitzung [4]) mußte ausfallen, da die meisten Mitglieder, darunter die beiden Vorsitzenden, Berlin nicht erreichen konnten.

Mit Nr. 26 vom 5. November 1918 war die letzte „Korrespondenz“ zur Versendung gelangt. Die letzte „Mitteilung“ er-

---

[1]) Mittlgn. Nr. 36, S. 2. — [2]) Mittlgn. Nr. 36, S. 3. — [3]) v. Tirpitz a. a. O., S. 293 im Wortlaut. — [4]) Nach ungedrucktem Material.

schien als Nr. 40 vom 23. November 1918. Der einzige Artikel entstammte der Feder des Geheimrats Dr. Kapp und hatte folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Vaterlands-Partei ist vor 14 Monaten gegründet worden als ein die weitesten vaterländischen Kreise umfassender Volksbund. Sie wollte einer starken Reichsregierung Stütze und Rückgrat sein, um den Siegeswillen im Volke zu festigen. Unbeirrt durch Feindschaft und Verleumdung haben wir für dieses hohe Ziel gearbeitet und gekämpft. Nichts war unser Ziel als die Größe und das Glück des Vaterlandes.

Mit dem Tage des Friedensschlusses sollte die Partei sich auflösen. Unsere ganze Arbeit war darauf gerichtet, daß er ein Tag der Freude und des Stolzes werden möchte. Nun wird er ein Tag tiefster Trauer sein. Für heute müssen wir auf eine Darlegung dessen verzichten, wodurch es so gekommen ist. Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen. Wir stellen daher unsere bisherige Tätigkeit ein. Die förmliche Auflösung der Partei wird zu gegebener Zeit erfolgen. Bis dahin ersuchen wir unsere Landes-, Kreis- und Ortsvereine, die öffentliche Tätigkeit einzustellen, ihre Organisationen aber zu erhalten.

Der Geist, der in uns allen lebt, wird bleiben, wenn auch die Form zerfällt. Auch unter den jetzigen Verhältnissen werden wir dem Vaterlande mit ganzer Seele dienen. Wir fordern unsere Mitglieder auf, die gegenwärtige Regierung in allem zu unterstützen, was zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Volksernährung beiträgt. Wir erwarten von ihnen rege Mitarbeit an allen Bestrebungen, die einer wirklich volkstümlichen Gestaltung des werdenden Großdeutschen Volksstaates dienen. Besonderen Nachdruck legen wir auf die Bemühungen zur Bildung einer einheitlichen bürgerlichen Front. Der Tag der Wahl zur Nationalversammlung entscheidet über Deutschlands Zukunft. Jedem ist es überlassen, wie er für diesen Tag mitarbeiten will; beiseite stehen darf keiner. Besonders gilt es auch, die Frauen des Bürger- und Bauernstandes aufzurufen und darüber aufzuklären, um was es sich für jeden einzelnen handelt. Wir haben in den letzten 14 Monaten erfahren dürfen, wieviel Begeisterung und Treue, Arbeitswilligkeit und Opferfreudigkeit in den vielen Hunderttausenden steckt, die unserer Fahne gefolgt sind. Wir danken aus vollem Herzen allen denen, die durch ihre Arbeit in den Landes-, Kreis- und Ortsvereinen die Vaterlands-Partei zu dem gemacht haben, was sie gewesen ist. Es war Dienst am Vaterland. Nun gilt es den größeren Dienst: Auf zu neuer Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes!

Das tiefe patriotische Gefühl, was die leitenden Männer der Partei beseelte, fand Ausdruck in der formvollendeten Sprache

dieses Nachrufes an die DVP. Tragisch war, daß die Persönlichkeit, die das Werk ersonnen und ausgeführt hatte, durch das Schicksal gezwungen, selbst Hand mit anlegen mußte, es wieder aufzulösen.

Lebenslauf

des

Oberstleutnants a. D. Karl Wortmann.

Geboren am 26. Mai 1868 zu Gießen als Sohn des Bankvorstandes, späteren Kommerzienrats Georg Wortmann und seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Rumpf, beide evangelischer Konfession, genoß ich zunächst die Erziehung im elterlichen Hause und besuchte dann das humanistische Gymnasium zu Gießen, wo ich Ostern 1887 die Abiturientenprüfung bestand. Im Sommersemester 1887 studierte ich auf der Universität Gießen Mathematik und Physik und trat im Herbst desselben Jahres in die Armee beim damaligen Magdeburgischen Fußartillerie-Regiment Nr. 4 ein. 1889 aktiver Offizier geworden, war ich von 1907 bis 1914 Militärlehrer an der Militärtechnischen Akademie in Berlin als Hauptmann, 1913 als Major.

Mit Kriegsbeginn 1914 wurde ich mobil im Stabe des Armee-Ober-Kommandos IV (Herzog Albrecht von Württemberg), blieb dort bis Mitte August 1915, war dann Bataillonskommandeur, 1916 Regimentskommandeur und wurde 1919 als Oberstleutnant verabschiedet.

1920—1922 war ich beim Gerling-Konzern (Rheinische Versicherungsgruppe) tätig, seit April 1921 als Geschäftsführer einer Geschäftsstelle des Konzerns.

1923 bis Sommer 1925 studierte ich auf der Universität Halle-Wittenberg neuere Geschichte.

Herrn Geheimrat Prof. Dr. Fester verdanke ich für die vorliegende Arbeit Anregung und gütige Förderung.

Otto Hendel=Druckerei, Halle a. d. S.